

Rechtsextremismus

2. Rechtsextremismus

2.1	Mitglieder-Potenzial.....	36
2.2	Einführung	37
2.3	Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus.....	40
2.4	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten/ Rechtsextremistische Musikszene	48
2.5	Neonazistische Szene.....	63
2.6	Identitäre Bewegung Deutschland (IBD).....	77
2.7	Junge Alternative (JA) Niedersachsen	87
2.8	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	93
2.9	Die Rechte.....	104
2.10	Verein Gedächtnisstätte e. V.	116
2.11	Reichsbürger & Selbstverwalter	123

2.1 Mitglieder-Potenzial³

Den strukturellen Veränderungen im organisierten Rechtsextremismus haben die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern mit einem neuen Kategoriensystem Rechnung getragen. Insbesondere die Grenzen zwischen der subkulturellen und der neonazistischen Szene lösen sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf. Der Neonazismus ist zunehmend strukturloser geworden und vermischt sich zusehends mit dem subkulturellen Bereich. Ideologische und organisatorische Unterschiede sind immer schwerer auszumachen. Seit dem Jahr 2017 erfolgt deshalb die Kategorisierung nach Parteien, nach parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen und als weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

Rechtsextremismus Potenzial Bundesrepublik Deutschland	2018	2019
In Parteien	5.510	13.330
■ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	4.000	3.600
■ Die Rechte	600	550
■ Der III. Weg	530	580
■ Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ⁴	380	8.600
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen ⁵	6.600	6.600
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ⁶	13.240	13.500
Summe	25.350	33.430
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften ⁷	24.100	32.080
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ⁸	12.700	13.000

3 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

4 Für 2018 sind hier die Mitglieder der „Bürgerbewegung pro NRW“ erfasst. Für 2019 werden unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien die Mitglieder der Partei „Freie Bürger Union (FBU) – Landesverband Saarland“ und der bayrischen Kleinpartei „Deutsche Konservative“ gezählt sowie die Mitglieder der AfD-Teilorganisationen „Junge Alternative“ (JA) (Verdachtsfall) und „Der Flügel“ (Verdachtsfall). Die AfD selbst ist kein Beobachtungsobjekt.

5 Hierunter wird auch das Personenpotenzial der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) gezählt.

6 Die derzeit 950 rechtsextremistischen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ finden sich in den Kategorien 2 und 3.

7 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und der parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

8 Aufgrund des Wandels innerhalb der rechtsextremistischen Szene wird die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten seit 2010 gesondert ausgewiesen.

Rechtsextremismus Potenzial Niedersachsen	2018	2019
In Parteien	315	305
■ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	250	240
■ Die Rechte	30	30
■ Der III. Weg	10	10
■ Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ⁹	25	25
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen ¹⁰	335	335
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ¹¹	590	590
Summe	1.240	1.230
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	1.170	1.160
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ¹²	880	880

2.2 Einführung

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff Rechtsextremismus Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

- Aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),

9 Unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien werden die Mitglieder der AfD-Teilorganisation „Junge Alternative“ (JA) gezählt. Die AfD selbst ist kein Beobachtungsobjekt.

10 Hierunter wird auch das Personenpotenzial der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) gezählt.

11 Die derzeit 50 rechtsextremistischen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ finden sich in den Kategorien 2 und 3.

12 In der Gesamtzahl sind auch gewaltbereite Neonazis und NPD-Mitglieder enthalten.

- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),
- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
- Geschichtsrevisionismus (Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus),
- Ethnopluralismus (Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien).

Fremdenfeindlichkeit

Die Ideologieelemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind die zentralen Begriffe des Rechtsextremismus. Mit „fremdenfeindlich“ wird die Ablehnung all dessen bezeichnet, was als fremd bewertet und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Die Merkmale variieren: Ausländer, Juden, Muslime und Obdachlose können ebenso Opfer fremdenfeindlicher Ablehnung und Aggression werden wie Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle. Fremdenfeindliche Positionen sind bei jeder rechtsextremistischen Organisation nachweisbar; sie bilden das Grundelement rechtsextremistischen Denkens.

Rassismus

Die in Deutschland gebräuchliche Verwendung des Begriffes Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die „Selektion“ und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus den genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen „wertvollen und minderwertigen menschlichen Rassen“.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt im Rechtsextremismus in verschiedenen Varianten in Erscheinung. Antisemitische Positionen werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Häufig

korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Vor dem historischen Hintergrund der systematischen Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus (Holocaust¹³) sind antisemitische Einstellungsmuster ein Gradmesser für die Verfestigung eines rechtsextremistischen Weltbildes. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit revisionistischen Positionen auf. Antisemitische Positionen sind ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Organisationen.

Neonazismus

Der Begriff Neonazismus, eine Abkürzung für Neo- oder neuer Nationalsozialismus, der häufig fälschlicherweise als Synonym für Rechtsextremismus verwendet wird, steht für Bestrebungen, die sich weltanschaulich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Hierzu zählen in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften und Organisationen wie die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG). Innerhalb der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) ist der neonazistische Flügel ständig stärker geworden, seitdem sich die Partei gegenüber Freien Nationalisten geöffnet hat. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Eintritte zahlreicher führender Protagonisten der Neonaziszene, die zudem Führungsämter in der NPD übernommen haben.

Faschismus

Die ebenfalls als Synonym für rechtsextremistische Bestrebungen verwendeten Begriffe faschistisch oder neofaschistisch sind in zweifacher Hinsicht ungeeignet. Zum einen handelt es sich um Kampfbegriffe aus den Zeiten des Kalten Krieges, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von der DDR in die Tradition des Nationalsozialismus gerückt worden war. Zum anderen verbindet sich mit diesen Begriffen die Vorstellung vom italienischen Faschismus Mussolinis, der als antidemokratische Bewegung ohne Rassismus vom deutschen Nationalsozialismus erheblich abwich.

13 Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“).

Geschichtsrevisionismus

Der Begriff Geschichtsrevisionismus bezeichnet die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Revisionistische Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar. Sie sind ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus und zugleich ein wichtiges Element der historischen Identitätsstiftung. Der Revisionismus will den historischen Nationalsozialismus zumindest tendenziell rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren.

2.3 Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in den letzten Jahren kann mit folgenden Stichworten charakterisiert werden: beschleunigte Abkehr von tradierten Organisationsmodellen, Entgrenzung im Sinne einer Vermischung von rechtsextremistischen Ideologieelementen mit populistischen Elementen, Enthemmung der Propaganda bis hin zu offen geäußerten Tötungsphantasien. Zu konstatieren ist ein grundlegender Strukturwandel, der wesentlich auf die dynamisch gewachsene Nutzung des Internets zurückzuführen ist und, hierauf basierend, einen Trend zur internationalen Verflechtung aufweist. Im Berichtszeitraum haben zwei Verbrechen die Wahrnehmung des Rechtsextremismus in Politik und Gesellschaft grundlegend verändert. Am 02.06.2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke ermordet. Der Tatverdächtige ist viele Jahre in der neonazistischen Szene aktiv gewesen. Wegen seines Einsatzes für Flüchtlinge hatte Dr. Lübcke bereits seit 2015 auf diversen einschlägigen Internetplattformen im Fokus von Diffamierungs- und Hetzkampagnen gestanden, in deren Verlauf auch Morddrohungen geäußert wurden. Am 09.10.2019 verübte ein 27-jähriger Täter an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, mit selbstgebauten Waffen einen Anschlag auf die Synagoge in Halle. Er plante einen Massenmord. Ihm gelang es jedoch nicht, in die Synagoge einzudringen. Im Tatverlauf

und auf der Flucht tötete er zwei Menschen und verletzte zwei weitere schwer. Seine Tat filmte er mit einer Helmkamera, um sie live ins Internet zu übertragen. Zuvor hatte er die Tat per Posting in einem kleinen Imageboard im Internet angekündigt.

Beide Verbrechen sind auf jeweils eigene Art Ausdruck der strukturellen Veränderungen, die der Rechtsextremismus durch die Nutzung des Internets erfahren hat. Das gezielte Schüren von Hass, das Verbreiten von Feindeslisten und die Versendung von Drohscheiben im Namen von obskuren Organisationen wie NSU 2.0 oder Staatsstreicherorchester an Amts- und Mandatsträger schaffen eine Drohkulisse, die die demokratische Ordnung destabilisieren und delegitimieren soll. Hetze und Hass bilden das Substrat, auf dem Gewalt gedeihen kann. Gewalt wird von Rechtsextremisten als ein Akt der Notwehr gegen eine Politik gerechtfertigt, die angeblich die Umvolkung des deutschen Volkes betreibt. Entsprechend perfide feierten rechtsextremistische Kommentatoren den Mord an Dr. Lübcke auf einschlägigen Internetseiten.

Mit seiner weltumspannenden Reichweite begünstigt das Internet, welches das Kommunikations- und Informationsverhalten grundlegend verändert hat, in besonderer Weise die Verbreitung von Verschwörungstheorien. Es handelt sich um Positionen, die einer demokratischen Korrektur nicht zugänglich sind. Anhänger von Verschwörungstheorien entwickeln auf einschlägigen Internetplattformen – abgeschottet von der Wirklichkeit und dem demokratischen Diskurs entzogen – irrationale Sichtweisen auf die Welt, die sich im Internet wie in einer Echokammer wechselseitig verstärken. Hieraus resultieren gruppenspezifische Prozesse, die zu einer beschleunigten Radikalisierung bis hin zur Verübung von Gewaltverbrechen führen können. Die Gefährdung geht häufig von Einzeltätern oder kleinen Gruppen aus, die keinen Vorlauf im organisierten Rechtsextremismus aufweisen. Der Attentäter von Halle gehört in diese Kategorie. Mit der Tausübung, die er über eine Helmkamera live streamte, und der Verteilung von Bekennerschreiben über einen Magnet-Link¹⁴ zielte er auf Wirkung im Internet. Die Verwendung der englischen Sprache unterstreicht seine Absicht, über Deutschland hinaus wahrgenommen zu werden.

14 Mit einem Magnet-Link kann im Internet auf eine bestimmte Datei verlinkt werden.

Die durch das Internet begünstigte wechselseitige ideologische Beeinflussung über Ländergrenzen hinweg ist ein weiteres Merkmal der aktuellen Entwicklung des Rechtsextremismus. Attentäter wie Anders Breivik aus Norwegen oder Brenton Tarrant, der am 15.03.2019 in Christchurch, Neuseeland, bei einem Anschlag auf zwei Moscheen 51 Menschen tötete, werden zum Vorbild genommen; ideologische Argumentationsmuster im Zusammenhang mit einer angeblichen muslimischen Landnahme, antisemitischen Verschwörungstheorien und Versatzstücken der rechtsextremistischen Umvolkungstheorie sind im Netz jederzeit und überall abrufbar. Entsprechend ideenarm fallen die Bekennerschreiben und tatbegründenden Manifeste aus.

Entgrenzung

Der Begriff Entgrenzung beschreibt ein weiteres die Entwicklung des Rechtsextremismus bestimmendes Merkmal. Er basiert auf der Beobachtung, dass sich im nicht gewaltbereiten Bereich rechtsextremistische und rechtspopulistische Positionen zunehmend vermischen. Insbesondere im Internet bietet sich Rechtsextremisten die Möglichkeit, Meinungsbildungsprozesse gezielt zu beeinflussen. Organisationen der Neuen Rechten¹⁵ versuchen in den parlamentarischen Raum hineinzuwirken und Diskurshoheit zu erringen, indem sie z. B. die Begriffe Islam und Islamismus systematisch gleichsetzen. Der in diesem Zusammenhang stereotyp wiederholte Kampfbegriff Lügen- bzw. Systempresse hat strategische Bedeutung. Er resultiert nicht aus einer Besorgnis wegen einer fehlenden objektiven Berichterstattung, sondern zielt auf die Delegitimierung des politischen Systems. Langfristig verbindet sich mit dieser Entwicklung die Gefahr der Erosion der Wertegebundenheit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

¹⁵ Siehe Fußnote 28, Kapitel 2.6.

Fazit

Die Verfassungsschutzbehörden stehen, so kann als Fazit der beschriebenen Entwicklung festgehalten werden, vor einer veränderten Gefährdungslage. Gewaltbereite Kleingruppen oder Einzeltäter ohne Vorlauf im organisierten Rechtsextremismus bilden die eine Seite der Herausforderung, Entgrenzungsprozesse in Verbindung mit einer Diskursverschiebung die andere Seite. Die Auseinandersetzung hiermit erfordert, insbesondere mit Blick auf die Bedeutung des Internets, eine Anpassung der Arbeitsweise und des Analyseinstrumentariums des Verfassungsschutzes. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat sich durch die Schaffung entsprechender neuer Sachgebiete organisatorisch auf die veränderte Herausforderung eingestellt. Darüber hinaus wurde die Analysekompetenz im Bereich der Internetauswertung durch die Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt verstärkt.

Die tradierten rechtsextremistischen Organisationsmodelle haben in Niedersachsen zwar an Bedeutung verloren, dies sollte aber nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass mit dem Rückzug einzelner Protagonisten aus den immer weniger attraktiven Organisationsformen die Abkehr von der rechtsextremistischen Ideologie verbunden ist. Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Lübcke durch einen der Tat verdächtigen langjährigen Szeneangehörigen, der zwischenzeitlich offene Szenebezüge weitgehend gemieden hatte, dokumentiert ein eindruckliches Gegenbeispiel. Phasen der Familien- und Lebensplanung lassen das Szeneengagement häufig für einige Jahre in den Hintergrund treten. Auf der persönlichen Ebene aber werden die Szenekontakte weitergepflegt. Am Ende kann die Reaktivierung der alten Kader stehen. Deutlich wurde dieser Prozess bereits vor fünf Jahren im Zusammenhang mit den Demonstrationen der Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa), als sich in größerer Zahl ältere, längere Zeit scheinbar inaktive Rechtsextremisten an den Kundgebungen beteiligten. Für die Sicherheitsbehörden bedeutet dies, dass sie ihre Aufklärungsarbeit unter den Bedingungen des digitalen Zeitalters verstärkt auf die Kontakte früherer Aktivisten in den informellen Netzwerken der Neonaziszene richten müssen. In diesem Zusammenhang muss möglicherweise neu über Speicher- und Löschfristen in den Dateien des Verfassungsschutzes nachgedacht werden.

Rechtsextremistische Parteien

Ein Blick auf die rechtsextremistischen Parteien: Der Bedeutungsverlust der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) setzte sich im Berichtszeitraum fort. Sie verlor sowohl in Niedersachsen (Rückgang von 250 auf 240 Mitglieder) als auch auf Bundesebene erneut Mitglieder. Die öffentliche Präsenz des in organisatorischer Hinsicht desolaten Landesverbandes beschränkte sich auf wenige Kundgebungen mit geringer Teilnehmerzahl. Obwohl die niedersächsische NPD in Eschede inzwischen über eine eigene Immobilie verfügt, die sie zu einem Gemeinschaftszentrum umbauen will, erscheint es mehr als zweifelhaft, dass sie den Negativtrend der letzten Jahre umkehren kann. Noch einflussloser ist der lediglich 30 Mitglieder zählende Landesverband der neonazistischen Partei „Die Rechte“, der im Berichtszeitraum kaum in Erscheinung getreten ist. Die Partei „Der III. Weg“ ist in Niedersachsen strukturell nicht verankert. Sie verfügt nur über einige wenige Einzelmitglieder. Als Fazit kann für die rechtsextremistischen Parteien in Niedersachsen festgehalten werden, dass sie über keinen prägenden Szeneinfluss mehr verfügen.

Neonazistische Kameradschaften

Auch die neonazistischen Kameradschaften, die seit Mitte der 1990er Jahre das dominierende Organisationsmodell des Rechtsextremismus bildeten, haben nicht mehr die szeneprägende Bedeutung früherer Jahre. Ihre Mobilisierungsschwäche ist unübersehbar. Nennenswerte Aktivitäten gingen im Berichtszeitraum lediglich von den Neonaziszenen im Harz und in Göttingen sowie von der „Kameradschaft Einbeck“ und der Gruppierung „Adrenalin BS“ bzw. „Adrenalin 381“ aus dem Raum Braunschweig aus. Die zu beobachtende Kooperation mit den Parteien „Die Rechte“, „Der III. Weg“, der „NPD“ und deren Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) ist vor diesem Hintergrund als ein Ausdruck der Schwäche und nicht der Stärke der heterogenen Neonaziszene zu bewerten.

Rechtsextremistische Musik

Die rechtsextremistische Musik ist unverändert ein wesentlicher Faktor bei der Vermittlung von Feindbildern und als niedrigschwelliges Angebot in besonderer Weise geeignet, junge Menschen an die Ideologie des Rechtsextremismus heranzuführen. Ihre Verbrei-

tung hat durch das Internet neue Dimensionen angenommen. Ein rechtsextremistisches Konzertwesen indes hat sich auch 2019 in Niedersachsen nicht etablieren können. Im Berichtszeitraum fand kein Konzert statt. Demgegenüber ist die Anzahl der Lieder- und Balladenabende von fünf auf neun gestiegen. Die verstärkt festzustellende Bereitschaft von Szeneangehörigen, Geburtstagsfeiern in Form rechtsextremistischer Musikveranstaltungen durchzuführen, begründet diesen Anstieg. Veranstaltungen dieser Art dienen dem Zusammenhalt der Szene, mit ihnen verbindet sich kein nach außen gerichteter Werbeeffekt.

Subkulturell geprägte Szene

Ein Zuwachs im Bereich des wesentlich subkulturell geprägten „weitgehend unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzials“ (unverändert 590) war ebenso wenig zu registrieren wie im Bereich der „parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen“ (unverändert 335), der hauptsächlich die neonazistischen Kameradschaften umfasst. Das rechtsextremistische Gesamtpotenzial beläuft sich in Niedersachsen auf 1.160 Personen und weist damit gegenüber dem Vorjahr einen nur geringfügigen Rückgang um 10 Personen auf. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist zu beachten, dass sie Bestrebungen, also politisch bestimmte zweck- und zielgerichtete Verhaltensweisen, und keine Einstellungen, wie sie sich in Hass-Postings oder Internet-Kommentaren niederschlagen, erfassen. Die Zahlen bringen die oben beschriebene Gefahrenlage, insbesondere den evidenten Zusammenhang zwischen der Einstellungsebene und der politischen Handlungsebene, deshalb nur unzureichend zum Ausdruck.

Völkische Siedler

Im Zusammenhang mit der Bildung rechtsextremistischer Netzwerke sind die durch die mediale Berichterstattung wiederholt in den Blickpunkt gerückten sogenannten völkischen Siedler als ein eigenständiges Phänomen zu betrachten. Als völkische Siedler werden Familien bezeichnet, die im ländlichen Raum eine naturorientierte ländliche Lebensweise auf der Basis einer völkisch-nationalistischen Ideologie pflegen. Nach außen geben sie sich harmlos und unauffällig. Innerhalb ihres kinderreichen Familien- und Freundeskreises leben sie nach

völkischen Denk- und Verhaltensmustern. Dabei orientieren sie sich an der von den Nationalsozialisten propagierten Volksgemeinschaft, die als eine „geschichtlich gewachsene Blutsgemeinschaft“ verstanden wird. Das Attribut ist somit ein in seinem Kern rassistischer Begriff, der die Ausgrenzung anderer Ethnien beinhaltet.

Völkische Siedler bevorzugen dünnbesiedelte Landstriche, um ihre „Volksgemeinschaft“ wirtschaftlich unabhängig und weitgehend ungestört leben zu können. Junge Paare oder Familien erwerben in diesen Regionen zu günstigen Konditionen Resthöfe und Bauernhäuser und restaurieren diese gemeinsam mit Freunden und Verwandten. Der Großraum Lüneburg-Uelzen-Lüchow-Dannenberg ist eine Schwerpunktregion für völkisch orientierte Familien in Niedersachsen. Völkische Familien sind dort seit vielen Generationen ansässig oder haben ihren Lebensmittelpunkt in diese Region verlagert. Die engen familiären Verbindungen reichen zum Teil in die Zeiten gemeinsamer Mitgliedschaft in den verbotenen Organisationen „Wiking-Jugend“ und „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) zurück. Als Organisation mit Bezug zu den völkischen Siedlern sind u. a. der „Sturmvogel“, der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ oder die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ anzuführen.¹⁶

Auf die Entwicklung des Rechtsextremismus insgesamt haben die völkischen Siedler keinen prägenden Einfluss. Ihre völkischen und rassistischen Positionen aber gehören zu den grundlegenden Elementen rechtsextremistischer Ideologie. Folgerichtig sind viele Personen aus dem Bereich der völkischen Siedler zugleich Mitglieder in diversen rechtsextremistischen Organisationen wie beispielsweise der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD). Ob hieraus die Herausbildung dynamischer Netzwerkstrukturen resultiert, unterliegt der Beobachtung des Verfassungsschutzes.

¹⁶ Vgl. BT-Drs. 19/16742 vom 23.01.2020.

Ausblick

Die beschriebenen strukturellen Veränderungen und Gefahrenpotenziale werden den Rechtsextremismus in Niedersachsen auch in den kommenden Jahren bestimmen. Ein Erstarken der neonazistischen Parteien „NPD“ und „Die Rechte“ ist ebenso wenig zu erwarten wie eine steigende Präsenz von Rechtsextremisten im öffentlichen Raum. Der Aufgabenschwerpunkt des Verfassungsschutzes wird sich infolge dessen noch weiter auf die Analyse von rechtsextremistischen Aktivitäten im Internet verlagern. Durch die gezielte Beeinflussung der Meinungsbildung ist hier ein neuer, schwerer einzuschätzender Typus politischer Bestrebungen entstanden, sei es durch das Schüren von Ressentiments und Hass, durch einschüchternde Drohungen gegen Amts- und Mandatsträger oder durch die Verbreitung von sogenannten Fake News.

Wenn es Rechtsextremisten gelingt, den Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu vergrößern und Themen zu setzen, wird das demokratische Wertesystem unterminiert. Dieser Entwicklung gilt es, mit gezielter Aufklärung über solche Versuche der Einflussnahme entgegenzuwirken. Voraussetzung hierfür ist die Analyse des intellektuell begründeten Rechtsextremismus der Neuen Rechten, der es versteht, an demokratische Diskurse anzuknüpfen.

Für die künftige Arbeit des Verfassungsschutzes ist ein weiterer Faktor von zentraler Bedeutung. Das Internet hat schließlich die Kontaktaufnahme und die wechselseitige ideologische Beeinflussung über Länder- und Staatsgrenzen hinweg begünstigt. Hieraus resultieren neue Formen von Gefährdungssachverhalten. Menschen mit rassistischer oder antisemitischer Einstellung treten in Kontakt zueinander, ohne sich aus dem sozialen Nahfeld zu kennen. Die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden wird in den nächsten Jahren wesentlich davon bestimmt sein, solche Gruppen oder von ihnen beeinflusste Einzelpersonen zu erkennen und in Hinsicht auf ihr Gefahrenpotenzial zu analysieren. So gilt es zu verhindern, dass aus Worten Taten werden.

2.4 Subkulturell geprägte Rechts- extremisten/Rechtsextremistische Musikszene

Gründung/ Bestehen seit	1980er Jahre	
Struktur/ Repräsentanz	Heterogenität der organisatorisch nicht gefestigten subkulturellen rechtsextremistischen Szene; eine Ausnahme bilden die „Hammerskins“ mit einem festen hierarchischen Aufbau; viele Szeneangehörige im jugendlichen Alter	
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ¹⁷	Land: 590 →
Veröffentlichungen	Publikationen: CD-Veröffentlichungen, Fanzines; Web-Angebote: Online-Versände, Bekanntmachung von Konzertterminen über Foren, Veröffentlichungen von Videos	
Kurzportrait/Ziele	Der subkulturelle Bereich im Rechtsextremismus ist hauptsächlich von szenetypischer Musik und einem damit verbundenen – nicht selten gewaltorientierten – Lebensstil geprägt. Dabei zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die subkulturelle Szene zunehmend an eigenständiger Bedeutung verloren hat. Sichtbar wird dieser Wandel vor allem in dem fast vollständigen Verschwinden von rechtsextremistischen Skinheads aus dem öffentlichen Straßenbild, welche in den 1980er und 1990er Jahren die gewaltbereite rechtsextremistische Szene maßgeblich geprägt hatten. Zu beobachten sind stattdessen informelle, eher strukturlose Gruppen oder Personenzusammenschlüsse, die kaum regelmäßige Aktivitäten entfalten, die keinen festen Mitgliederstamm haben und die nur sporadisch auf sich aufmerksam machen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Bereichen des Rechtsextremismus sind daher zusehends fließend und verschwommen, so dass	

17 Für den Bund wird seit dem Jahr 2018 das Mitglieder-Potenzial der subkulturell geprägten Rechtsextremisten nicht mehr gesondert ausgewiesen; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

eine Unterscheidung nach trennscharfen Kriterien immer schwieriger wird. Rechtsextremistische Einstellungsmuster sind von größerer Bedeutung als die organisatorische Anbindung an eine bestimmte Gruppierung. In der von Männern dominierten Szene spielen Frauen eine untergeordnete Rolle, auch wenn diese nicht zu vernachlässigen ist und in ihrer Bedeutung für die subkulturelle Szene nicht unterschätzt werden darf.

Die fremdenfeindliche Grundeinstellung von subkulturell geprägten Rechtsextremisten kommt dabei unreflektiert, häufig spontan und gewaltsam zum Ausdruck. Sie wird ausgelebt und nicht ideologisch im Sinne eines politischen Ansatzes überhöht. Eine wichtige Rolle spielt hier die rechtsextremistische Musik mit ihrer aufputschenden Wirkung. Sie vermittelt Feindbilder, aber keinen politischen Ansatz.

Rechtsextremistische Musik ist zugleich ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen. Rechtsextremistische Parteien nutzen rechtsextremistische Bands und Liedermacher, um ihre Veranstaltungen für ein jüngeres Publikum attraktiver zu gestalten. In Niedersachsen allerdings ist aufgrund der geringen Attraktivität und der politischen wie organisatorischen Schwäche der rechtsextremistischen Parteien eine derartige Feststellung nicht zu treffen. Allgemein hat die Musik jedoch den Zweck, rechtsextremistische Ideologie – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Die Liedinhalte formulieren in plakativer, häufig hetzerischer Form die rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellung der Szeneangehörigen. Die Bandbreite rechtsextremistischer Musik erstreckt sich von Black Metal über Schlager bis zu Balladenmusik. Daneben haben die Stilrichtungen Rap und Hip-Hop an Akzeptanz gewonnen, welche insbesondere bei Angehörigen der „Identitären Bewegung“ auf Resonanz stoßen. Den größten Zuspruch innerhalb der subkulturellen Szene erfährt unverändert die Stilrichtung Rock against Communism (RAC).

Finanzierung

Verkauf von rechtsextremistischen Tonträgern sowie Handel mit Devotionalien, darunter Kleidung, die mit rechtsextremistischen Aussagen bedruckt ist. Handel und Verkauf dienen teilweise gewöhnlicher Geschäftemacherei. Einnahmen aus Musikveranstaltungen dienen mitunter der Finanzierung von Aktivitäten.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Beobachtungswürdigkeit ergibt sich aus der fremdenfeindlichen Grundeinstellung und aus der Gewaltanwendung oder der Bereitschaft zur Gewalt, die für subkulturell geprägte Rechtsextremisten ein Ausdruck von Männlichkeit und Dominanz darstellt. Gewalt wird insbesondere unter Alkoholeinwirkung zuweilen hemmungslos, brutal und meistens spontan ausgelebt. Auch die Liedtexte rechtsextremistischer Musik fördern gewaltorientierte Aktivitäten; sie transportieren Gewaltphantasien, Aufrufe zu Gewalt oder vermitteln Feindbilder. Von eingängigen oder aufputschenden Melodien getragen können die Liedtexte eine suggestive Wirkung entwickeln. Hiermit richten sich subkulturell geprägte Rechtsextremisten gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) sowie gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG). Damit sind sie verfassungsfeindlich; ihre Beobachtung richtet sich nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Rechtsextremistische Musikszene

Rechtsextremistische Musik ist für die subkulturelle Szene von einem hohen werbestrategischen Stellenwert. Gleiches gilt für die neonazistische Szene und für rechtsextremistische Parteien wie NPD, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“. Musik hat insbesondere für den Einstieg in die rechtsextremistische Szene eine wichtige Funktion. Im Nachgang zu einer Musikveranstaltung erläuterte die Partei „Die Rechte“ den Sinn von Musikveranstaltungen:

„Auch wenn dieses Mal natürlich der Spaß im Vordergrund stand, wurde das Fest von den Gästen auch dazu genutzt, neue Kontakte mit Kameraden zu knüpfen, bestehende Kontakte zu intensivieren und die nächsten politischen Aktionen zu koordinieren.“

(Internetseite der Partei „Die Rechte“, 20.08.2019)

Damit ist rechtsextremistische Musik ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen und dient darüber hinaus dem Zweck, rechtsextremistische Ideologien – auch an Außenstehende – zu vermitteln.

Die Anzahl der Zugriffe auf rechtsextremistische Musikvideos im Internet weist darauf hin, dass die Verbreitung der Musik weit über das registrierte rechtsextremistische Personenpotenzial hinausreicht. Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die ihre soziale Situation in den Liedtexten wiedergespiegelt finden und die nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit rechtsextremistischer Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren. Die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Musik ist deshalb seit mehreren Jahren ein Schwerpunkt der präventiven Verfassungsschutzarbeit.¹⁸

Eines der rechtsextremistischen Kernthemen spiegelt sich in den Veröffentlichungen der rechtsextremistischen Musikszene wider. Unter den Begriffen „Volkstod“ und „Überfremdung“ befasst sich das gesamte Spektrum des Rechtsextremismus mit einem angeblichen Austausch der deutschen Bevölkerung. Diese wird dabei in verschwörungstheoretischer Weise als gezieltes Vorhaben hoher Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft dargestellt. Ein Beispiel für die Befassung mit diesem Themenkomplex liefert die Band „Randgruppe Deutsch“ (Nordrhein-Westfalen) auf ihrem im Jahr 2019 erschienenen Tonträger „Genozid“. Ein Text bringt den im Jahr 1943 formulierten „Hooton-Plan“¹⁹, der in den Nachkriegsplanungen für Deutschland auch den Umgang mit der deutschen Bevöl-

18 Siehe Kapitel 6.

19 Der Hooton-Plan bezieht sich auf einen im Jahr 1943 veröffentlichten Zeitungsartikel des US-amerikanischen Paläoanthropologen und Hochschullehrers Ernest Albert Hooton. In einem Propagandaartikel für die Tageszeitung PM New York Daily vom 04.01.1943 forderte Hooton, den „deutschen Nationalismus“ und dessen „aggressive Ideologie“ dadurch zu zerstören, indem man in Deutschland eine nicht-deutsche Bevölkerung ansiedelt. Anschließend müssten die „biologisch begründeten und angeborenen, räuberischen Neigungen der Deutschen“ durch Kreuzungen mit Vertretern anderer Völker „weggezüchtet“ werden. Die Deutschen sollten damit nach und nach durch eine höhere Geburtenrate verdrängt werden und leichter zu kontrollieren sein. Heutzutage wird der Hooton-Plan in rechtsextremistischen Kreisen als historische Tatsache und als Beleg für eine weltweite Verschwörung wiedergegeben. Ihre Vertreter sehen in der Flüchtlingsbewegung den Beweis für die Umsetzung des Plans, indem vor allem männliche Nicht-Europäer für „Mischrassen“ sorgen sollen.

kerung definierte, mit den Flüchtlingsbewegungen des Jahres 2015 in Zusammenhang. In dem Lied „Vernichtung nach Plan“ heißt es:

*„2015 haben sie uns mal wieder angeschmiert
und uns mit den Goldstücken einen neuen Feind serviert.*

...

*Das ist kein Zufall, das ist geplant und arrangiert
und selbst der Merkel wird es von oben vordiktiert*

...

*Am 04.01.43 das erste Mal ausgeschrieben
hat ihn der Hass gegen das deutsche Volk angetrieben.
Die Ausdünnung eines Volkes und das ohne Krieg,
Vom Inneren heraus führt es auch zum Sieg.
Facharbeiter, die Scharia und selbst der Miri-Clan
Sind erst der Anfang vom Ende im Hooton-Plan.*

...

*43 ausgedacht und 15 dann beschlossen
2025 umgesetzt und nicht einmal geschossen.“*

Die Produzenten solcher Musik lassen Tonträger vor ihrem Erscheinen durch Rechtsanwälte auf mögliche Rechtsverstöße überprüfen, um Indizierungsmaßnahmen, strafrechtliche Verfahren und damit einhergehende Geschäftsverluste zu vermeiden. Strafrechtlich relevante CDs, deren Anteil weniger als zehn Prozent beträgt, werden bis auf wenige Ausnahmen im Ausland produziert.

Nach wie vor erscheinen Tonträger, die nur szenieintern und nicht über offen zugängliche Szenevertriebe verkauft werden. Da eine Strafverfolgung hier fast nicht möglich ist, äußern die Bandmitglieder in den Texten offen ihr fremdenfeindliches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut. Häufig wird offen zur Gewalt gegen die von der Szene als Feinde betrachteten Personen aufgerufen oder sie werden anderweitig bedroht. Derartige Tonträger werden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) regelmäßig geprüft und ggf. als jugendgefährdend und möglicherweise strafrechtlich relevant bewertet und indiziert. Das Lied „Egal“ der Band „Erschießungskommando“, das auf dem Tonträger „Henkerszeit“ im Jahr 2019 veröffentlicht wurde und im Refrain eine Drohung enthält, ist hierfür ein Beispiel:

*„Willst Du nicht fliegen in den warmen Süden,
weigerst Du Dich, kümmern wir uns um Dich.
Willst hier verweilen, Dich nicht beeilen,
dann glaube mir, dann kommen wir.“*



Immer häufiger werden neue Tonträger kurz nach ihrer Veröffentlichung in Download-Portalen oder in sozialen Netzwerken im Internet angeboten und gratis zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung bedeutet zwar einerseits die Möglichkeit, einen größeren Verbreitungsgrad rechtsextremistischer Musik über die Szene hinaus zu erreichen. Andererseits führt das kostenfreie Herunterladen aus dem Internet zu finanziellen Einbußen der betroffenen Bands und Musiker, die wiederum befürchten, weniger CDs zu verkaufen und die Produktionskosten nicht mehr decken zu können. In dem Lied „Geben und Nehmen“ des rechtsextremistischen Rappers „Henry8“ (Rheinland-Pfalz) wird an den Hörer rechtsextremistischer Musik appelliert, diese „original“ zu kaufen und nicht zu brennen oder per Download zu beziehen, um so den „Kampf“ zu unterstützen. Die Kampagne wird von zahlreichen rechtsextremistischen Versänden, Bands und Liedermachern unterstützt, darunter der niedersächsische Balladensänger „Flatlander“ und der Sänger der niedersächsischen Band „Gassenraudi“. Der exemplarische Auszug aus dem Lied von „Henry8“ unterstreicht dieses Ansinnen:

*„... wenn jeder nur noch streamt, ist der Shop gleich im Arsch.
Der Support für die Festivals, wohin wollt ihr nur?!
Das war's dann mit nationaler Infrastruktur ...“*

Die Anzahl rechtsextremistischer Musikgruppen hat sich bundesweit in den letzten Jahren mit rund 180 kaum verändert. Dabei handelt es sich nicht um einen permanent gleichbleibenden Kreis von Musikgruppen. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit. Mitunter finden sich Mitglieder rechtsextremistischer Bands unter neuem Namen einmalig für Musikprojekte zusammen.

Bundesweit fanden 64 Musikveranstaltungen (2018: 60) statt. Der regionale Schwerpunkt rechtsextremistischer Konzerte lag in Sachsen und Thüringen. In Niedersachsen gab es kein Konzert.²⁰

²⁰ Siehe Abschnitt „Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen“.

Die unverändert geringe Anzahl rechtsextremistischer Musikveranstaltungen ist u. a. auf Wegfall bisher genutzter Veranstaltungsorte und die Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene durch zahlreiche Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen.

Die in Deutschland zumeist konspirativ organisierten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen werden durchschnittlich von 100 bis 150 Personen besucht. Die Ankündigungen für diese Konzerte erreichen in der Regel nur Szeneangehörige, so dass eine Werbewirkung für Interessierte ohne Szenebezug nahezu ausgeschlossen ist.



Ein fortlaufender Trend ist die Durchführung rechtsextremistischer Großveranstaltungen mit Musikdarbietungen namhafter Szenebands als zentralem Bestandteil, die von Wortbeiträgen einschlägiger Redner flankiert werden. Diese Veranstaltungen sind als politische Kundgebungen angemeldet und lassen sich daher nur schwer verbieten. Wegen des erhöhten Organisationsaufwandes und des finanziellen Risikos sind die Organisatoren in diesen Fällen bereit, die Veranstaltung bei den Ordnungsbehörden anzumelden und die staatlichen Auflagen, bis hin zu einem generellen Alkoholverbot, einzuhalten. Eine dieser politischen Kundgebungen war die dritte Auflage des „Schild & Schwert“-Festivals am 21. und 22.06.2019 in Ostritz (Sachsen). An der erneut von dem Neonazi (und stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Thorsten Heise aus Thüringen) angemeldeten Veranstaltung nahmen am 21.06.2019 rund 300 und am 22.06.2019 rund 700 Personen teil.

Das erste „Schild & Schwert“-Festival im April 2018 besuchten noch rund 1.300 Personen. Auch die zweite Veranstaltung im November 2018 fand mit rund 800 Teilnehmern eine größere Resonanz. Neben populären rechtsextremistischen Bands wie „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) und „Brutal Attack“ (Großbritannien) trat in diesem Jahr auch die niedersächsische Band „Kategorie C“ auf, bei der es sich um ein Projekt des Sängers Hannes Ostendorf aus Lilienthal (Landkreis Osterholz) handelt. Der Auftritt von „Kategorie C“ wurde im Vorfeld als Abschlusskonzert der Band und somit als Höhepunkt der Veranstaltung beworben.

Eine weitere politische Kundgebung fand in zweiter Auflage unter dem Motto „Tage der nationalen Bewegung“ am 05. und 06.07.2019 in Themar (Thüringen) statt. Wie im vergangenen Jahr war die Veranstaltung von einem Berliner NPD-Funktionär angemeldet worden, bei der Organisation wurde er maßgeblich von einem Thüringer Neonazi unterstützt. An der Veranstaltung nahmen am 05.07.2019 rund 380 und am 06.07.2019 rund 920 Personen teil. An der gleichgelagerten Veranstaltung im Jahr 2018 hatten am ersten Tag noch rund 1.000 und am zweiten Tag rund 2.250 Personen teilgenommen. Dennoch stellte die Kundgebung die größte rechtsextremistische Veranstaltung dieser Art im Jahr 2019 dar. Im Laufe der Kundgebung traten neben der italienischen Band „Acciaio Vincente“ u. a. auch die deutschen Bands „Ungeliebte Jungs“ (Bayern/Thüringen), „Germanium“ (Baden-Württemberg), „Oidoxie“ und „Sturmwehr“ (beide Nordrhein-Westfalen) auf. Die Behörden achteten strikt auf das Einhalten der für diese Veranstaltung erlassenen Auflagen. So brach die Polizei am Auftaktabend die Auftritte von zwei Musikgruppen ab, als eine der Bands einen indizierten Titel darbot und die zweite Band einen Titel spielte, der nicht auf der vorher bei den Ordnungsbehörden eingereichten Liste stand. Auch die gerichtlich bestätigte Auflage eines Alkoholverbots wurde konsequent umgesetzt. Die Polizei beschlagnahmte am zweiten Tag die aufgefundenen Vorräte auf dem Veranstaltungsgelände und versiegelte den Lagerraum für Alkohol in einer von einem Thüringer Neonazi im näheren Umfeld der Kundgebung betriebenen Gaststätte.

Als Reaktion auf die behördlichen Auflagen und das staatliche Eingreifen kündigten dieselben Organisatoren für den 13. und 14.09.2019 ein zweitägiges Rechtsrockkonzert an. Die Veranstaltung sollte erneut in Themar stattfinden und wurde ursprünglich mit Auftritten von acht Szenebands und -interpreten beworben. Anfang September 2019 wichen die Organisatoren von dieser Planung ab und begründeten dieses u. a. mit krankheitsbedingten Ausfällen. Unter dem Motto „Gegen staatliche Repressionen – Musik & Redebeiträge für die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Deutschland“ fand nun am 14.09.2019 in Kloster Veßra (Thüringen) eine als Balladenabend bezeichnete Veranstaltung statt. Vor rund 150 Teilnehmern traten drei rechtsextremistische Liedermacher auf.

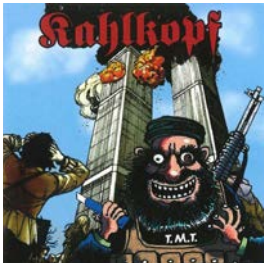


Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen

Im Jahr 2019 waren sechs niedersächsische Musikgruppen aktiv.

„Stahlgewitter“/„Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“

Daniel Giese war mit seinen Musikgruppen im Jahr 2019 nicht aktiv. Allerdings wurde der erstmals im Jahr 2003 veröffentlichte Tonträger „T Teppichmesser-Terroristen“ der Band „Kahlkopf“, auf dem Giese als Sänger fungiert, im Juli 2019 neu aufgelegt. Die Band offenbart darauf ihre rechtsextremistische Einstellung u. a. in dem Lied „An seiner Nase“ und zeigt diese in den szenetypischen, antisemitischen Zuschreibungen wie „Raffgier“ und „Streben nach Weltherrschaft“:



*„Ihn treibt der Profit, er will Geschäfte machen
und seinen Gewinn dabei vertausendfachen.
Er leiht dir sein Geld und er wünscht dir viel Glück,
doch mit Zins und Zinseszins will er es zurück.*

...

*Man darf ihn heut nicht mal beim Namen nennen,
aber an seiner Nase sollt ihr ihn erkennen.“*

Die verschiedenen Projekte von Daniel Giese finden seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene. Dies betrifft sowohl die durchaus versierten musikalischen Darbietungen als auch die rechtsextremistischen Texte, die sich zuweilen an der Grenze der Strafbarkeit bewegen. Der Sänger und Gitarrist der Gruppe „FLAK“ erklärte hierzu: „Stahlgewitter ist die größte nationalistische Band weltweit.“

„Kategorie C“/„Nahkampf“

Die Bands „Kategorie C“ und „Nahkampf“ sind Projekte um den Sänger Hannes Ostendorf aus Lilienthal (Landkreis Osterholz). Die Bandmitglieder sind in beiden Musikgruppen identisch. Die Band „Kategorie C“, die ihren Ursprung in der Bremer Hooliganszene hat, ist mit einer Vielzahl an Auftritten die aktivste niedersächsische Band. Deren Sänger und Gitarrist haben als Balladen-Duo den überwiegenden Teil der Auftritte im Berichtsjahr absolviert. Ostendorf hatte zum Jahresende 2018 die Auflösung seiner Bands und das Ende seiner musikalischen Aktivitäten zum Ende des Jahres 2019

verkündet. Die meisten Auftritte im Jahr 2019 waren deshalb als „Abschiedskonzert“ oder „letzter Auftritt“ und zumeist szeneeintern beworben worden.

An Veranstaltungen, bei denen ausschließlich die Band oder das Duo auftritt, nehmen selten mehr als 50 Personen teil. Auftritte vor größerem Publikum gelingen nur bei Veranstaltungen mit weiteren namhaften Musikgruppen der rechtsextremistischen Szene wie am 22.06.2019 in Ostritz (Sachsen). Während die Texte der Band „Kategorie C“ oftmals eher unpolitisch sind und hier der Fußballbezug sowie die Gewaltbereitschaft von Hooligans im Vordergrund steht, bilden bei den Texten der Band „Nahkampf“ politische Themen den Schwerpunkt.

Das Lied „Chemnitz ist überall“ hat die Band „Kategorie C“ bereits im letzten Jahr auf dem eigenen Tonträger „Hooligans“ veröffentlicht. Im Jahr 2019 war das Lied namensgebend für einen Sampler, an dem neben den Ostendorf zuzurechnenden Projekten „Kategorie C“ und „Nahkampf“ auch die Berliner Band „Die Lunikoff Verschwörung“ beteiligt ist. Die darauf veröffentlichten Lieder bieten einen rechtsextremistischen Blick auf die Geschehnisse in Chemnitz²¹, die im August 2018 rund um ein Tötungsdelikt für mediale Aufmerksamkeit gesorgt hatten.



Die Band „Nahkampf“ war auf dem im Jahr 2019 veröffentlichten Sampler „Festung Europa“ mit drei Beiträgen vertreten. Zudem wurde der im Jahr 2016 veröffentlichte Tonträger „Kein schöner Land“ der Band im Jahr 2019 durch die BpJM indiziert.

Neben den Musikprojekten betreibt Ostendorf für „Kategorie C“ einen eigenen Online-Versand, bei dem Tonträger und umfangreiche

21 Nach einer Auseinandersetzung am Rande des Chemnitzer Stadtfestes war am 26.08.2018 ein Mann durch Messerstiche tödlich verletzt worden. Aufgrund von Medienberichten und Nachrichten in den sozialen Netzwerken, die den Migrationshintergrund des mutmaßlichen Täters herausstellten, hatten verschiedene, auch rechtsextremistische Parteien und Gruppen zu Demonstrationen gegen „Ausländerkriminalität“ aufgerufen. An denen beteiligten sich zum Teil mehr als 10.000 Personen aus mehreren Bundesländern, darunter zahlreiche gewaltbereite Hooligans und Rechtsextremisten. Gewalttätige Ausschreitungen gab es insbesondere bei den Demonstrationen am 26. und 27.08.2018 sowie am 01.09.2018.

Devotionalien seiner Bandprojekte angeboten werden. In Ergänzung dazu unterhält die Band eine eigene Applikation (App) für mobile Endgeräte. Dieses Angebot macht deutlich, dass ein Hauptinteresse Ostendorfs in der Gewinnoptimierung liegt.

„Emssturm“

Die Band „Emssturm“ aus dem Emsland war mit einem Beitrag auf einem Sampler vertreten, der anlässlich des 25jährigen Bestehens der Berliner Band „D.S.T.“ veröffentlicht wurde. Der Tonträger konnte gemeinsam mit der CD „Fünfundzwanzig“ erworben werden und enthält Lieder der Berliner Band, die von rechtsextremistischen Musikgruppen gecovert werden. „Emssturm“ spielen darauf das Lied „Gift für die Ohren“.



„Eichenlaub mit Schwertern“

Das Musikprojekt „Eichenlaub mit Schwertern“ aus Südniedersachsen veröffentlichte im Jahr 2019 den Tonträger „An der Front“, der sich inhaltlich ausschließlich mit dem Zweiten Weltkrieg befasst. Die Texte sind zumeist aus der Perspektive von Soldaten geschrieben und bieten eine verklärte Sicht auf die Deutsche Wehrmacht. Die Band unterstreicht so die in rechtsextremistischen Kreisen verbreitete Darstellung einer männlich-soldatischen Kampfgemeinschaft.

Auch das folgende Textbeispiel aus dem Lied „Trotz unserer Opfer“ des o. g. Tonträgers verdeutlicht die fragwürdige Darstellung der Wehrmacht und thematisiert den aus Sicht der Autoren schlechten Zustand der deutschen Gesellschaft:



*„Wir waren die Soldaten der großen Armee.
Die Freiheit der Heimat war unsere Idee.
Trotz unserer Opfer herrscht nun der Verfall,
gnadenlos der Tod, in roter Gestalt“.*

„Gassenraudi“

Die aus dem Raum Braunschweig stammende Band war mit jeweils einem Beitrag auf zwei Tonträgern vertreten. Auf dem im Jahr 2019 von den „Jungen Nationalisten“ (JN) herausgegebenen Sampler „50 Jahre Widerstand für Deutschland“ covern sie das Lied „Zusammen zuschlagen“ der Punkband „Daily Terror“, deren Sänger

zum Zeitpunkt der Originalaufnahme im Jahr 1984 auch Kontakte zu Rechtsextremisten hatte. Ein zweiter Beitrag der Band „Gassenraudi“ mit dem Titel „Wer sich das wagt“ erschien auf dem Sampler „Eine Front – drinnen wie draußen“. Dabei handelt es sich um einen Tonträger, der von der rechtsextremistischen Organisation Gefangenenhilfe zur finanziellen Unterstützung inhaftierter Szeneangehörigen veröffentlicht wurde.



„Flatlander“

Der Liedermacher „Flatlander“ aus dem Landkreis Leer trat am 31.08.2019 im Rahmen einer NPD-Veranstaltung in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) auf. Ein weiterer Auftritt war geplant auf einer Veranstaltung am 20.07.2019 in Eisenach (Thüringen), die jedoch von den Sicherheitsbehörden verhindert wurde.

Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen

Die Strategie zur Durchführung rechtsextremistischer Konzerte hat sich gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Konzerte finden wie bisher vornehmlich in kleineren Orten statt. Raumanmietungen erfolgen häufig unter dem Vorwand, eine von Musikdarbietungen umrahmte Geburtstagsfeier durchführen zu wollen. Einige Veranstalter sind als Reaktion auf Exekutivmaßnahmen der Polizei dazu übergegangen, mit Ausweichstätten zu planen. Im Eventualfall werden Besucher dann per SMS oder Instant Messaging Diensten über einen Zwischentreffpunkt zur Ausweichstätte umdirigiert. Mit solch umfangreichen Vorplanungen versuchen die Veranstalter, ihr Geschäftsrisiko zu reduzieren.

In Niedersachsen wurde im Jahr 2019 wie im Vorjahr kein Konzert durchgeführt.

Zwei geplante rechtsextremistische Musikveranstaltungen für den 21.09.2019 im Raum Goslar und für den 14.12.2019 in Bad Harzburg (beide Landkreis Goslar) wurden von den Sicherheitsbehörden aufgelöst.

Die Anzahl der Lieder- und Balladenabende ist im Vergleich zum Vorjahr von fünf auf neun Veranstaltungen gestiegen und folgt damit dem bundesweiten Trend. Insbesondere die verstärkt festzustellende Bereitschaft von Szeneangehörigen, Geburtstagsfeiern in Form rechtsextremistischer Musikveranstaltungen durchzuführen, begründet diesen Anstieg. Veranstaltungen dieser Art bedürfen eines geringeren organisatorischen Aufwandes als Skinheadkonzerte, erreichen jedoch nur einen kleinen Personenkreis. Sie werden deshalb häufig ohne öffentliche Wahrnehmung durchgeführt. Lieder- und Balladenabende unterscheiden sich sowohl in ihrem musikalischen Charakter als auch in ihrer Funktion deutlich von Skinheadkonzerten.

Die Sänger verzichten auf eine Verstärkeranlage und begleiten sich lediglich auf einer akustischen Gitarre. Bedeutsamer als die Musik ist der ideologische Gehalt der vorgetragenen Texte. Stattgefunden haben Liederabende am 09.03.2019 in Burgdorf, am 30.03.2019 in Braunschweig, am 18.04.2019 sowie am 07.09.2019 in Wolfsburg, am 15.09.2019 in Bad Harzburg, am 28.09.2019 im Raum Braunschweig, am 30.10.2019 in Südniedersachsen, am 15.11.2019 erneut in Wolfsburg und am 16.11.2019 im Raum Göttingen.



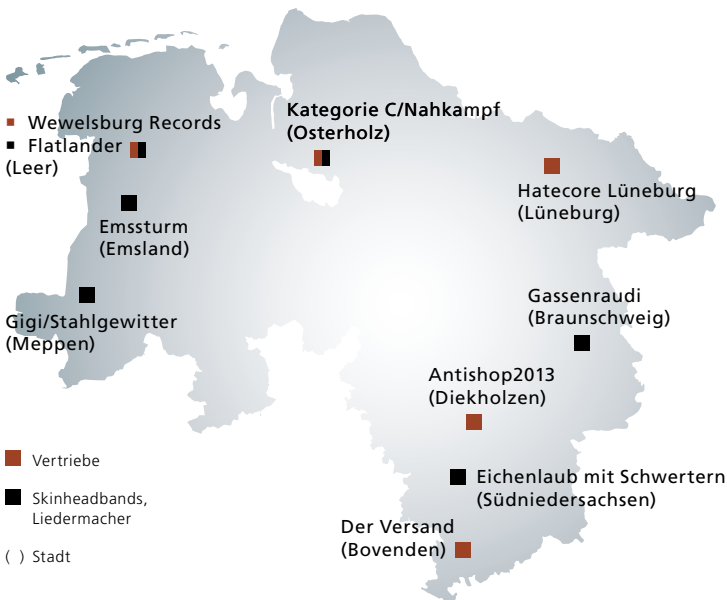
Rechtsextremistische Vertriebe

Die Nachfrage der rechtsextremistischen Szene nach Tonträgern, Druckerzeugnissen und Bekleidung sowie weiteren szenetypischen Artikeln wird durch rechtsextremistische Vertriebe bedient, die insbesondere über das Internet ein permanent aktualisiertes Angebot bereithalten. Die unverändert hohe Zahl an Vertrieben zeigt, dass sich der subkulturelle Bereich als fester Bestandteil des Rechtsextremismus

etabliert hat. Wichtige deutsche Vertriebe sind „Front Records“, „PC Records“ und „OPOS Records“ (alle Sachsen) sowie „Rebel Records“ (Brandenburg). Die Betreiber sind oftmals zugleich Mitglieder rechts-extremistischer Bands oder treten als Veranstalter rechtsextremistischer Konzerte in Erscheinung, bei denen sie ihr Warenangebot offerieren. Strafrechtlich relevante oder indizierte Produktionen befinden sich im Angebot ausländischer Vertriebe. Zu nennen sind „ISD Records“ und „NSM 88“. Das Angebot umfasst beispielsweise Tonträger der Bands „Landser“ (Berlin) und „Race War“ (Baden-Württemberg), deren Mitglieder in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung am 22.12.2003 bzw. am 22.11.2006 verurteilt worden sind.

Niedersächsische Vertriebe

In Niedersachsen sind fünf Vertriebe ansässig. „Antishop2013“ (Diekholzen), „Der Versand“ (Bovenden), „Hatecore Lüneburg“ (Lüneburg) und „Wewelsburg Records“ (Leer) spielen in der Szene eine eher untergeordnete Rolle, weil sie Produktionen weniger namhafter Musikbands vertreiben und damit auch einen geringeren Umsatz verzeichnen. In dem Online-Versand der Band „Kategorie C“ werden ausschließlich Tonträger und Devotionalien der Musikgruppen „Kategorie C“ und „Nahkampf“ sowie der Soloprojekte von Hannes Ostendorf angeboten.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die subkulturelle Szene verlangt kein stringentes politisches Engagement, sondern stellt in erster Linie ein Angebot zur Freizeitgestaltung dar. Zu diesem Bereich des Rechtsextremismus liegt die Zugangsschwelle für jüngere Personen mit einer fremdenfeindlichen Grundeinstellung am niedrigsten. Rechtsextremistische Musik ist dabei nach wie vor ein wichtiges Medium für die Rekrutierung neuer Anhänger sowie für die Radikalisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Mit den Liedtexten werden zumeist rassistische, antisemitische und antidemokratische Ideologien proklamiert. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen fördern das Gemeinschaftsgefühl von Szeneangehörigen insbesondere gegenüber der als feindlich empfundenen Umwelt. In der Vergangenheit wurde in den Liedtexten vorrangig die NS-Zeit glorifiziert. Heute ist bei neuen Produktionen oftmals ein Bezug zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung festzustellen.

Die bundesweite Anzahl der Skinheadkonzerte stagniert seit mehreren Jahren auf niedrigem Niveau. Die durchschnittliche Besucherzahl bei solchen Konzerten bewegt sich im unteren dreistelligen Bereich. Eine Ausnahme hiervon stellen die als politische Kundgebung angemeldeten Großveranstaltungen dar. Bei diesen deutet sich eine fortgesetzte Entwicklung des bereits im Jahr 2018 beschriebenen Rückgangs der Teilnehmerzahlen an. Waren 2017 noch 6.000 Personen bei der größten Veranstaltung dieser Art festgestellt worden, verzeichnete die zweitägige Veranstaltung im Jahr 2018 insgesamt nur noch 3.250 Besucher. Im Jahr 2019 fiel die Besucherzahl mit insgesamt 1.300 Personen weiter deutlich ab. Die Maßnahmen der zuständigen Behörden, die u. a. ein Alkoholverbot umfassen, erzielen demnach die erwünschte Wirkung. Bei potenziellen Organisationsführern dürfte diese Entwicklung zu Verunsicherung geführt haben. Sie tragen in der Regel ein erhebliches finanzielles Risiko, das sich aus finanziellen Vorleistungen für Logistik und Gagen für die Bands ergibt. Wird ein solch planungsintensives Ereignis verhindert, entgeht den Veranstaltern die Gegenfinanzierung durch einkalkulierte Einnahmen aus dem Kartenverkauf an der Abendkasse sowie dem Verkauf von Speisen und Getränken. Die Bereitschaft, ein solch finanzielles Wagnis einzugehen, nimmt dadurch ab. Des Weiteren

verschlechtert sich das Ansehen der Veranstalter innerhalb der Szene auch im Hinblick auf künftige Veranstaltungen. Waren bislang die Großveranstaltungen für die Teilnehmer planungssicher, sind hier etliche Besucher zweimal vergebens angereist. Dennoch sind auch für das Jahr 2020 derartige politische Kundgebungen zu erwarten, die als Deckmantel rechtsextremistischer Konzerte dienen.

Die rechtsextremistische Musikszene in Niedersachsen ist als weitgehend inaktiv zu bezeichnen. Erwähnenswert ist der Sänger Daniel Giese, dessen verschiedene Projekte seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene finden. Niedersächsische Vertriebe haben bundesweit keinen großen Stellenwert.

Um den gestiegenen Ansprüchen der Hörschaft zu genügen, sind kostspielige Produktionen in professionellen Tonstudios sowie aufwändig gestaltete Booklets erforderlich. Video- und Download-Portale lassen hingegen die Verkaufszahlen von Tonträgern und damit die Einnahmen der Bands und Vertriebe zurückgehen. Hierdurch reduziert sich auch das finanzielle Potenzial der rechtsextremistischen Szene, was sich nicht zuletzt in der Kampagne „Geben und Nehmen“ widerspiegelt, die dazu aufruft, die Musik nicht zu brennen oder downzuloaden, sondern mit dem Kauf von CDs die rechtsextremistische Szene zu unterstützen.

2.5 Neonazistische Szene

Sitz/Verbreitung	Niedersachsenweit; Schwerpunkte in den Regionen Braunschweig, Hannover/Hildesheim, Oldenburg, Ostfriesland/Emsland, Südniedersachsen/Harz
Gründung/ Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur/ Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von Aktionsgruppen, informellen Netzwerken, Kameradschaften oder Kreisverbänden der Partei „Die Rechte“; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen

Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ²²	Land: 260 →
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken und Kurznachrichtendiensten; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter	
Kurzportrait/Ziele	Kennzeichnend für die neonazistische Szene in Niedersachsen ist die Verzahnung mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten sowie mit der in Parteien organisierten rechtsextremistischen Szene. Der allgemeinen Entwicklung folgend, die durch ein Abrücken von starren Organisationsstrukturen gekennzeichnet ist, sind Neonazis in den verschiedenen Landesteilen Niedersachsens zumeist in überregionale rechtsextremistische Netzwerke eingebunden. Die Bandbreite der Aktivitäten reicht von der Durchführung öffentlichkeitswirksamer Propaganda-, Gedenk- oder Störaktionen über die Veranstaltung von Balladenabenden und Zeitzeugenvorträgen bis zur Teilnahme an Demonstrationen oder szeneeinternen Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Im Mittelpunkt der Agitation steht die Thematisierung einer drohenden und vermeintlich zum „Volkstod“ führenden „Überfremdung“, die durch die anhaltende Flüchtlingssituation nochmals verstärkt worden sei.	
Finanzierung	Beiträge der Anhänger, Vermarktung und Verkauf rechtsextremistischer Devotionalien wie T-Shirts o. Ä.	

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

In ideologischer Hinsicht eint die neonazistische Szene das unterschiedlich ausgeprägte Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Ziel ist die Überwindung des bestehenden demokratischen Systems. An dessen Stelle soll ein am Führerprinzip ausgerichteteter Staatsaufbau treten, dessen Grundlage eine rassistisch verstandene Volksgemeinschaft bildet. Hiermit richtet sich die neonazistische Szene gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits-

22 Für den Bund wird seit dem Jahr 2018 das Mitglieder-Potenzial der neonazistischen Szene nicht mehr gesondert ausgewiesen; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Die neonazistische Szene sieht sich als eine politisch-soziale Bewegung, die auf stetigen Aktivismus setzt und nicht auf parlamentarische Erfolge. Bestimmend für diese langfristig angelegte Strategie ist eine national-revolutionäre antiparlamentarische Ausrichtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die neonazistische Szene in Niedersachsen ist weiterhin geprägt von einer Heterogenität, die gleichermaßen personell und strukturell wie auch aktionistisch zum Ausdruck kommt. Einerseits bestehen Gruppierungen, die durchaus um politische Wahrnehmung mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie Flugblattverteilungen, Kundgebungen oder Demonstrationsteilnahmen bemüht sind, während sich ihre Anhängerzahlen im niedrigen einstelligen Bereich bewegen. Andererseits existieren auch Szenen, die zwar über teilweise deutlich höhere Anhängerzahlen verfügen, deren Aktivitäten jedoch nahezu ausschließlich Binnenwirkung entfalten.

Zur Verbesserung personeller und organisatorischer Möglichkeiten dienen überregionale Netzwerke. Allerdings ist deren Bedeutung recht gering. Denn das dahinterstehende reale Personenpotenzial fällt im Vergleich zur Größe des jeweiligen Einzugsbereichs oftmals deutlich ab.

Personelle und strukturelle Zwänge sind die Ursache für Kooperationen mit der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) wie auch mit den Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“. Darüber hinaus sind die Übergänge zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene sowie zur islamfeindlichen Hooliganszene teilweise fließend.

Die folgende Auswahl von Ereignissen beschreibt beispielhaft das Zusammenwirken dieser Strukturen und Akteure und verschafft einen kurzen Überblick über die Aktionsformen und Themenfelder unter Beteiligung neonazistischer Gruppierungen aus Niedersachsen.

Neonaziszene Harz

Angehörige der neonazistischen Szene aus dem Harz, die bereits in den vergangenen Jahren unter wechselnden Bezeichnungen wie „Kollektiv Nordharz“ oder „Die Rechte Kreisverband Süd-Ost Niedersachsen“ einen Schwerpunkt in Niedersachsen bildeten, setzten diese Aktivitäten unter Nutzung des Parteienprivilegs nunmehr in den Strukturen von NPD und JN fort. Zum festen Repertoire der Szene gehören regelmäßig stattfindende Stammtische wie auch die Teilnahme an bundesweiten Demonstrationen und sonstigen szenerelevanten Veranstaltungen. Exemplarisch für die Vernetzung mit anderen Gruppierungen, u. a. aus dem benachbarten Sachsen-Anhalt, war ein Kameradschaftstreffen am 25.01.2019 in Bad Harzburg. Weitere Liederabende in der Region Harz sind ein Beleg für den überregionalen Bekanntheitsgrad und szeneeinternen Stellenwert dieses Personenkreises, z. B. am 15.09.2019 mit dem bundesweit bekannten Michael Regener alias „Lunikoff“ (Berlin) in Bad Harzburg oder am 21.09.2019, veranstaltet von der Nationalen „Kameradschaft Harz“ in einer Kleingartenanlage in Goslar, bei dem der Nachwuchsmusiker „Eidstreu“ (Sachsen-Anhalt) auftrat.

Neonaziszene Göttingen

Ebenfalls überregional vernetzt sind Angehörige der Neonaziszene Göttingen. Sie treten seit dem vergangenen Jahr als Teilnehmer an rechtsextremistischen Demonstrationen sowie unterstützend bei diversen Veranstaltungen des Neonazis und stellvertretenden NPD-Bundvorsitzenden Thorsten Heise in Erscheinung. Beispiele hierfür sind Vortrags- und Zeitzeugenabende, die regelmäßig an Heises Wohnsitz in Fretterode (Thüringen) stattfinden, oder die von Heise organisierten „Schild & Schwert“-Festivals in Ostritz (Sachsen).

Am 15.02.2019 gehörten Angehörige der Neonaziszene Göttingen zu einer Abordnung der neonazistischen Szene Südniedersachsens, die im Rahmen des jährlichen Gedenkmarsches aus Anlass der Bombardierung der Stadt Dresden (Sachsen) das Transparent der „Kameradschaft Northeim“ mitführten. Bei diesem Transparent handelt es sich um ein Relikt aus der Zeit der ehemaligen Kameradschaft um Thorsten Heise. Trotz des Umzugs Heises ins thüringische Eichsfeld bestehen die Verbindungen im Dreiländereck Niedersachsen, Hessen, Thüringen fort. Das Transparent bringt diese nach wie vor

bestehende traditionswahrende und identitätsstiftende Bedeutung für die regionale Szene zum Ausdruck.

Kurz darauf waren die Szeneangehörigen maßgeblich in sich zuspitzende Rechts-Links-Auseinandersetzungen in Göttingen involviert. Zunächst wurde am 22.02.2019 ein Ermittlungsverfahren wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung gegen vier Angehörige der Neonaziszene Göttingen eingeleitet. Beim Betreten einer von Angehörigen der linken Szene frequentierten Bar sollen sich diese provozierend verhalten und anschließend auf das Opfer sowie auf eine weitere Person, die diesem zur Hilfe kam, eingeschlagen haben. Am Folgetag gehörten die Beschuldigten einer 15 bis 20 Personen umfassenden Gruppe an, die im Rahmen einer Wanderung über das „Kreuz des deutschen Ostens“ im Bereich Bad Harzburg (Landkreis Goslar) festgestellt wurde. Die teilweise in Tarnanzügen gekleidete und zeitweise im Block marschierende Gruppe führte eine Reichsflagge in den Farben Schwarz-Weiß-Rot sowie eine Kaiserliche Reichskriegsflagge mit. Darüber hinaus wurden Parolen gerufen und lautstark Lieder gesungen. Die Polizei traf die Personengruppe, der neben Szeneangehörigen aus Niedersachsen auch Rechtsextremisten aus Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen angehörten, im Bereich eines Ausflugslokals an und kontrollierte sie. In der Nacht auf den 24.02.2019 wurde in Göttingen das Fahrzeug eines auswärtigen Teilnehmers an der Wanderung beschädigt. Am 01.03.2019 drangen zudem unbekannte Täter gewaltsam in eine Wohnung ein, die von Angehörigen der Neonaziszene Göttingen als Wohngemeinschaft genutzt wird. Die Eindringlinge durchwühlten die Wohnung, beschmierten Mobiliar und Wände, entwendeten zwei Notebooks und vergossen vermutlich Buttersäure.

„Kameradschaft Einbeck“

Einen weiteren Bestandteil der überdurchschnittlich aktiven Neonaziszene in Südniedersachsen bildet die „Kameradschaft Einbeck“. Anders als der informelle Personenzusammenschluss der Neonaziszene Göttingen weist die „Kameradschaft Einbeck“ auch formale Strukturen auf. Sie unterhält Internetpräsenzen und es werden einheitliche T-Shirts getragen. Das öffentliche Auftreten der Kameradschaftsangehörigen auf örtlicher Ebene untermauert dies. Im Fokus ihrer Agitation stehen der Kampf gegen eine vermeintliche Über-

fremdung sowie die damit einhergehende Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Am 03.01.2019 stürten Angehörige der Kameradschaft zum wiederholten Mal eine Veranstaltung der asylbefürwortenden Initiative „Seebrücke“ in Einbeck. Im Rahmen einer von Angehörigen der ehemaligen „Volksbewegung Niedersachsen“ angemeldeten Kundgebung stellten Angehörige der Gruppierung neben Neonazis aus dem Harz und Hildesheim den Großteil der Teilnehmer. Die Aktion selbst hatte das Motto „Antideutsche Hetze beim Namen nennen!“ und war gegen einen Blogger gerichtet, der sich gegen Rechtsextremismus engagiert. Gleiches galt bei einer Kundgebung zu der Forderung „Es reicht – Schluss mit Gewalt gegen Deutsche“ am 29.06.2019 in Northeim aus Anlass einer gewalttätigen Auseinandersetzung in einem Freibad. Ein weiteres Beispiel ist eine Demonstration in Einbeck am 14.09.2019 unter dem Motto „Einbeck bleibt sauber – Unsere Stadt, unsere Regeln“ mit etwa 30 Teilnehmern. Überregionale Aufmerksamkeit erregten Angehörige der „Kameradschaft Einbeck“,

als sie Anfang November 2019 während einer Führung in der KZ-Gedenkstätte Moringen (Landkreis Northeim) für eine Provokation sorgten, indem sie antisemitische und den Nationalsozialismus verherrlichende Symbolik zur Schau stellten.

Ähnlich wie in Göttingen hat die stetige fremdenfeindliche, provozierende Agitation der „Kameradschaft Einbeck“ für eine zunehmende Konfrontation zwischen Neonazis und Angehörigen der linksextremistischen Szene sowie zwischen Neonazis und Einbecker Bürgern mit Migrationshintergrund gesorgt.



„Adrenalin BS“

Von den Angehörigen der Gruppierung „Adrenalin BS“ bzw. „Adrenalin 381“ werden Konfrontationen explizit gesucht. Es handelt sich um eine neonazistische Gruppierung aus dem Raum Braunschweig, die erstmals im Sommer 2018 in Erscheinung getreten ist und deren Angehörige sich seither in den sozialen Medien als Kampfsportler und Straßenkämpfer inszenieren und aktiv die Konfrontation mit Angehörigen der Antifa suchen.

Die Protagonisten der Gruppierung waren bereits seit den Jahren 2015 und 2016 aus anderen rechtsextremistischen Personenzusammen-

schließen (z. B. den „Jungen Nationalisten“) als Teilnehmer rechts-extremistischer Demonstrationen, Konzerte und sonstiger szenerelevanter Veranstaltungen bekannt und sind bereits mehrfach als rechtsextremistische Straftäter in Erscheinung getreten. Zu den begangenen Straftaten zählen neben zahlreichen Sachbeschädigungen im Stadtgebiet von Braunschweig auch gewalttätige Übergriffe auf den „politischen Gegner“ im öffentlichen Raum. In Folge der öffentlichkeitswirksamen Beteiligung an den zum Teil gewaltsamen Protesten Ende August/Anfang September 2018 in Chemnitz waren die Protagonisten der Gruppierung erstmals in den Fokus medialer Aufmerksamkeit geraten und erlangten fortan bundesweite Bekanntheit.



Mitglieder von „Adrenalin BS“ versuchten am 15.03.2019 eine Versammlung der Fridays for Future-Bewegung in Braunschweig zu stören. Für den 01.05.2019 hatte die Gruppierung eine Kundgebung zum „Tag der deutschen Arbeit“ in Braunschweig angemeldet, an der sich jedoch lediglich 15 Personen beteiligten. Außerdem unterstützten Mitglieder von „Adrenalin BS“ die Partei „Die Rechte“ in deren Wahlkampf für die Europawahlen am 26.05.2019. Im Zusammenhang mit der Festnahme eines Rechtsextremisten als Täter im Falle des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 02.06.2019 erregten Angehörige der Gruppierung erneut die Öffentlichkeit, als in den sozialen Medien Solidaritätsbekundungen für den mutmaßlichen Täter auftauchten und kaum verklausulierte Drohungen gegenüber dem Sprecher des Braunschweiger „Bündnis gegen rechts“ geäußert wurden. Die vor diesem Hintergrund am 19.06.2019 erklärte Selbstauflösung der Gruppierung dürfte angesichts der nachfolgenden Ausführungen taktischen Erwägungen geschuldet sein:

„... Der alte Weg endet am heutigen Tage für Adrenalin, aber eröffnet zahlreiche neue Möglichkeiten. Unsere alten Mitglieder werden in anderen Parteien und Organisationen aufgehen. Denn mag die Zeit für unsere Bruderschaft abgelaufen sein, so bleiben wir natürlich weiterhin politisch aktiv. Eines sei noch gesagt: Wir waren eine verschworene Gemeinschaft und werden Freunde und Brüder bis zum letzten Tropfen Blut bleiben. Der Kampf um Braunschweig, der Kampf um Deutschland ist noch lange nicht beendet. Für keinen von uns. ...“

(Namentliche Erklärung der Gruppierung „Adrenalin BS“, 19.06.2019)

Demonstrationen

Demonstrationen waren für die neonazistische Szene lange Zeit das wichtigste Mittel, um ihr ideologisches Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und um sich gleichzeitig als Bewegung zu präsentieren. Demonstrationen können als Indikator für die thematische Schwerpunktsetzung und die Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene angesehen werden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Bereitschaft zur Demonstrationsteilnahme in den letzten Jahren allerdings stark nachgelassen hat. Einen Beleg liefert die seit mehreren Jahren rückläufige Gesamtzahl der Teilnehmer an den traditionell zum 1. Mai von rechtsextremistischen Parteien durchgeführten Demonstrationen. An der von der NPD angemeldeten Demonstration „Sozial geht nur national“ in Dresden mit etwa 175 Teilnehmern aus Niedersachsen beteiligten sich überwiegend Angehörige der „Jungen Nationalisten“, hierunter Angehörige der Neonaziszene Harz (siehe oben). Unter den gut 300 Teilnehmern der von der Partei „Die Rechte“ organisierten Demonstration in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) unter dem Motto „Tag der deutschen Arbeit: Am 1. Mai auf die Straße, am 26. Mai ins Europaparlament“ fanden sich auch Angehörige der neonazistischen Szene aus Hannover, Hildesheim und Salzgitter. An der mit rund 500 Teilnehmern zahlenmäßig größten Demonstration zum 1. Mai in Plauen (Sachsen), die unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit statt kriminelle Ausländer“ von der Partei „Der III. Weg“ durchgeführt wurde, war aufgrund fehlender Strukturen der Partei in Norddeutschland erwartungsgemäß keine nennenswerte Beteiligung aus Niedersachsen festzustellen.

Noch deutlicher wird der Bedeutungsverlust von Demonstrationen am Beispiel der Abschlussdemonstration zur Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“. Der Aufmarsch am 01.06.2019 in Chemnitz (Sachsen) blieb mit etwa 250 Teilnehmern und trotz der Ereignisse aus dem Sommer 2018 abermals deutlich hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück. Aus Niedersachsen waren Angehörige der neonazistischen Szene aus den Bereichen Hannover, Hildesheim und dem Harz unter den Teilnehmern. Im Ergebnis der stetig abnehmenden Teilnehmerzahlen kündigten die Veranstalter an, die ehemals zu den zentralen Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene zählende Kampagne nach der letztmaligen Durchführung im Jahr 2020 in Worms (Rheinland-Pfalz) einzustellen.



Auch eine aus Anlass des 91. Geburtstages der verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel am 09.11.2019 unter der Ägide der Partei „Die Rechte“ in Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) durchgeführte Demonstration verzeichnete mit ungefähr 230 Teilnehmenden deutlich weniger Teilnehmer als im Vorjahr. Aus Niedersachsen waren Angehörige der „Kameradschaft Amsivaren“ aus dem Emsland mit einem Transparent „Freiheit für Ursula Haverbeck – Es geht um den Preis, den man bereit ist zu zahlen“ vertreten. Außerdem nahmen Angehörige der neonazistischen Szene aus Hannover, Hildesheim und dem Harz teil.

Rechtsextremistische Festivals

Den Stellenwert ehemals teilnehmerstarker Demonstrationen haben mittlerweile Großveranstaltungen übernommen. Exemplarisch für die Attraktivität und der damit einhergehenden Professionalisierung größerer Veranstaltungen mit Event-Charakter ist das am 21. und 22.06.2019 zum wiederholten Mal in Ostritz (Sachsen) durchgeführte „Schild & Schwert“-Festival des Neonazis und stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Thorsten Heise aus Thüringen. An der zweitägigen Veranstaltung unter dem Titel „Schild & Schwert – Sommerfestival“, das neben Politikforen, Verkaufs- und Infoständen auch eine „Tattoo-Convention“, Kampfsportvorführungen sowie

Konzerte bekannter rechtsextremistischer Bands umfasste, nahmen in der Spitze rund 700 Angehörige der neonazistischen und subkulturellen Szene teil. Das Veranstaltungskonzept ist der Versuch, Politik, Ideologie und rechtsextremistischen Lifestyle miteinander zu verbinden.

Gleiches gilt für die am 05. und 06.07.2019 in Themar (Thüringen) zum zweiten Mal durchgeführte Musik- und Rednerveranstaltung „Tage der nationalen Bewegung“. Mit etwa 380 Besuchern am ersten und etwa 920 Besuchern am zweiten Tag handelte es sich um die größte rechtsextremistische Veranstaltung des Jahres. Unter den niedersächsischen Teil-

nehmern befanden sich auch Angehörige der Neonaziszene Nordenham, die seit Mitte des Jahres 2017 unter der Bezeichnung „Nordland Sanitätsdienst“ medizinische Unterstützung im Rahmen rechtsextremistischer Veranstaltungen anbietet.



Kampfsport

Kampfsport und der dazugehörige Lifestyle haben sich innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu einem identitätsstiftenden Faktor mit organisationsübergreifender Anziehungskraft entwickelt. Dies gilt insbesondere für einen bestimmten Teil des Neonazismus, der sich selbst als Avantgarde versteht. In Kampfsportseminaren werden Angehörige der rechtsextremistischen Szene auf lokaler Ebene mit den Grundtechniken verschiedener Kampfsportarten vertraut gemacht, die ihnen in professionell organisierten Kampfsport-Events vorgeführt werden. Beispiel hierfür ist die zum zweiten Mal durchgeführte Veranstaltung „Tiwaz – Kampf der freien Männer“ am 08.06.2019 in Zwickau (Sachsen). Ursprung und Mittelpunkt dieser Entwicklung ist die seit dem Jahr 2013 jährlich stattfindende Veranstaltung „Kampf der Nibelungen“. Wenngleich die für den 12.10.2019 in Ostritz geplante Veranstaltung in Folge eines behördlichen Verbots erstmals nicht stattfinden konnte, wollen die Veranstalter an ihrem Format festhalten. Ziel der Organisatoren sei es weiterhin, „einen neuen Menschenschlag heranzuziehen“, wie es auf der Facebook-Seite heißt:

„Kampfsport bedeutet für uns ... Vertrauen in die eigene Stärke und die eigenen Fähigkeiten zu erlangen, die jedem innewohnende Trägheit zu überwinden und Bequemlichkeit durch Enthusiasmus und Ehrgeiz zu ersetzen. ... Umso mehr sehen wir den Schlüssel zum Erfolg ... – egal ob im sportlichen, politischen oder persönlichen Sinne – in den Faktoren Wille, Disziplin und Fleiß.

Wir sind der Überzeugung, dass unsere Leidenschaft zum Sport fest zusammenstehende Gemeinschaften formt, welche in der Tiefe ihrer Bindung in der von Materialismus und grenzenloser, individueller Selbstverwirklichung bestimmten demokratischen Gesellschaften selten zu finden sind.

Der Kampf der Nibelungen will daher allen Sportlern und Sport-Anhängern, die sich nach einer Alternative zum vorherrschenden ehr- und wertelosen Zeitgeist sehnen, eine Bühne bieten. Beteiligt euch, besucht unsere Veranstaltungen oder tretet selber aktiv an, kommt mit anderen Sportlern in Kontakt und animiert über euer Vorbild andere dazu, dem System der Versager, der Heuchler und der Schwächlinge den Rücken zu kehren.“

(Internetseite „Kampf der Nibelungen“, 10.01.2019)

„Helden sterben nie“

Ideologisch gefestigt zeigen sich die Verantwortlichen der Initiative „Helden sterben nie“, die u. a. aus dem östlichen Niedersachsen stammen. Aufgrund ihrer teilweise langjährigen Zugehörigkeit zur neonazistischen Szene sind sie eng mit anderen Szeneangehörigen aus dem Bundesgebiet vernetzt. In vereinzelt stattfindenden Zeitzeugenvorträgen mit zum Teil über 100 Zuhörenden werden das deutsche Soldatentum glorifiziert, die Verbrechen der Wehrmacht relativiert und der historische Nationalsozialismus verharmlost. Die Vorträge dienen letztlich der ideologischen Untermauerung und der Förderung des Zusammenhalts innerhalb der neonazistischen Szene.

„Wir haben es uns zur Aufgabe gesetzt, so viele Veteranen/Zeitzeugen wie möglich zu uns zu holen und ihre Erlebnisse und Erinnerungen erzählen zu lassen. Diese dürfen einfach nicht verloren gehen und im Sand der Zeit versiegen. Die wenigen, die die Wahrheit noch kennen und vor allem miterlebt haben, müssen unbedingt zu Wort kommen und so viele Menschen wie möglich erreichen. Wir sind bemüht, alle Vorträge aufzuzeichnen, damit auch die Nachwelt noch die Möglichkeit hat, diese wichtigen und wertvollen Vorträge zu sehen.“

(Flugblatt der Initiative „Helden sterben nie“)





„Heldengedenken“

Um eine Glorifizierung der Wehrmacht geht es auch beim sogenannten Heldengedenken, das regelmäßig im November aus Anlass des Volkstrauertages stattfindet. Im Mittelpunkt einer am 17.11.2019 in Ottbergen (Landkreis Hildesheim) von Angehörigen der NPD, „Jungen Nationalisten“ (JN) und neonazistischer Szene gemeinsam durchgeführten Veranstaltung stand ein im September im Alter von 96 Jahren verstorbener ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS. Dieser wurde wegen seiner Beteiligung an einem Massaker im französischen Ascq von einem französischen Gericht schuldig gesprochen, verbüßte jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Strafe. Zum einen verweigerte die Bundesregierung wegen der verhängten Todesstrafe die Auslieferung des seinerzeit in Norddeutschland lebenden Mannes, zum anderen scheiterte die Eröffnung eines Verfahrens vor einem deutschen Gericht wegen des aus dem Rechtsgrundsatz „ne bis in idem“²³ abgeleiteten Verbotes der Doppelbestrafung. Sein Werdegang und seine bis zuletzt auch öffentlich geäußerte fehlende Reue machten den bereits im Rahmen von Zeitzeugenvorträgen aufgetretenen M. zu einer Identifikationsfigur der rechtsextremistischen Szene. Nahezu Märtyrerstatus wurde ihm zuteil, nachdem er Ende Januar durch unbekannte Täter überfallen und beraubt wurde. Neben Solidarisierungs- und Spendenaufrufen initiierten Rechtsextremisten auch eine Kampagne gegen Journalisten, die speziell zur Person des M. bzw. allgemein zur rechtsextremistischen Szene recherchieren. Vorläufiger Höhepunkt dieser Kampagne, die dem Versuch der Einschüchterung der betroffenen Journalisten sowie der Diskreditierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diene, war

²³ Elementarer Grundsatz des Strafprozessrechts: „keine doppelte Verurteilung wegen derselben Tat“.

eine von der NPD Niedersachsen am 23.11.2019²⁴ in Hannover durchgeführte Demonstration zum Thema „Schluss mit steuerfinanzierter Hetze!“, an der organisationsübergreifend insgesamt etwa 120 Angehörige der NPD/JN, der Neonaziszene und der Partei „Die Rechte“ teilnahmen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die bereits seit einigen Jahren anhaltende personelle und aktionistische Stagnation der neonazistischen Szene dauerte im Jahr 2019 fort. Ausschlaggebend sind Attraktivitätsverlust und mangelnde Anschlussfähigkeit infolge einer unzeitgemäßen und vergangenheitsbezogenen ideologischen Verengung auf den historischen Nationalsozialismus. Gruppierungen stellten ihre Aktivitäten ein, verzichteten auf politisch geprägte Aktionen, reduzierten diese auf ein öffentlich nicht wahrnehmbares Maß oder sind lediglich noch virtuell präsent. Die Entstehung neuer Gruppierungen war hingegen nur in wenigen Einzelfällen zu beobachten. Durch das Fehlen einer Koordinierung oder Steuerung der politischen Aktivitäten vollzieht sich die Entwicklung der neonazistischen Szene in Niedersachsen uneinheitlich. Dies spiegelt sich einerseits in der reinen Größe der Gruppierungen und zumeist losen Netzwerke wider, andererseits in der von den verbliebenen lokalen oder regionalen Strukturen unterschiedlich praktizierten Zusammenarbeit untereinander. Kooperationen über teilweise große räumliche Entfernungen sind ebenso feststellbar wie verschiedene Konstellationen mit Personen und Strukturen anderer Spektren. So sind in zahlreichen Fällen Schnittmengen zu den Parteien „Die Rechte“, „Der III. Weg“ sowie zur NPD oder zu deren Jugendorganisation JN zu beobachten, die jedoch häufig auf persönlichen Kennverhältnissen beruhen. Daneben bestehen Kontakte zu überwiegend subkulturell geprägten Bruderschaften wie „Nordic 12“ (Bremer Umland), „Brigade 8“ (Hannover und Rotenburg) und „Blood Brother Nation“ (Oldenburg und Vechta) oder zur rechtsextremistisch beeinflussten Hooliganszene. Nur durch diese Kooperationen scheint es der neonazistischen Szene derzeit möglich, das grundsätzlich schwindende Mobilisierungspotenzial oberflächlich zu kompensieren.



²⁴ Siehe auch Kapitel 2.8, Abschnitt „Aktivitäten der NPD in Niedersachsen“.

Ungeachtet dessen dürfte von der Neonaziszene weiterhin die Vorstellung von einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft als idealtypischer, zeitlos moderner Gegenentwurf zur liberalen und multikulturellen Gesellschaft gesehen und propagiert werden. Anhänger der neonazistischen Szene werden deshalb auch zukünftig versuchen, die daraus resultierenden fremdenfeindlichen und rassistischen Überzeugungen verschärft in den gesellschaftlichen Diskurs zur Flüchtlings- und Einwanderungsthematik einfließen zu lassen. Es besteht hierdurch die abstrakte Gefahr einer weiteren Radikalisierung, die in Gewalttaten gegen Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte, aber auch gegen Helferinnen und Helfer sowie gegen Politikerinnen und Politiker münden kann.

Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 und dem Anschlag auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) im Oktober 2019 durch mutmaßliche Rechtsextremisten hatten die Innenminister und Innensenatoren von Bund und Ländern in ihrer Sondersitzung am 18.10.2019 einen Zehn-Punkte-Plan zur verstärkten Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgestellt, der u. a. die intensive Nutzung des Instruments von Vereinsverboten vorsieht.²⁵ Am 23.01.2020 wurde durch den Bundesinnenminister ein Verbot gegen die Gruppierung „Combat 18 Deutschland“ ausgesprochen. In diesem Zusammenhang erfolgten Wohnungsdurchsuchungen führender Vereinsmitglieder in mehreren Bundesländern (Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen). Die Gruppierung „Combat 18 Deutschland“ hat Klage gegen das Verbot eingereicht. Damit ist das Verbot noch nicht rechtskräftig.

Bei „Combat 18 Deutschland“ handelt es sich um eine neonazistische, rassistische und fremdenfeindliche Vereinigung, die in ihrer Zweckrichtung eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufweist. Der Verein steht in der Tradition der im Jahr 1992 als rechtsextremistische Saalschutzgruppe gegründeten britischen Vereinigung „Combat 18“ und genießt innerhalb der rechtsextremistischen Szene ein hohes Ansehen. Mit seiner Strahlkraft hat der Verein unter Rechtsextremisten eine Vorbildfunktion inne und

²⁵ Vgl. Abschlusserklärung der Innenminister und Innensenatoren von Bund und Ländern zur Sondersitzung der IMK am 18.10.2019.

wird als Symbol des gewaltbreiten Rechtsextremismus verehrt.²⁶ „Combat 18“ gilt zudem als der militante Arm von „Blood and Honour“, einer ebenfalls aus Großbritannien stammenden Organisation, die seit ihrer Gründung in den 1980er Jahren zur bedeutendsten und aktivsten internationalen Organisation innerhalb der rechtsextremistischen Skinhead-Szene aufgestiegen ist. In Deutschland wurde „Blood and Honour“ bereits im Jahr 2000 verboten. Das Verbot von „Combat 18 Deutschland“ ist das 18. Verbot einer rechtsextremistischen Vereinigung durch einen Bundesinnenminister. Davor war im Februar 2016 der Verein „Weisse Wölfe Terrorcrew“ verboten worden. In Bremen erging zudem durch den Innensenator am 06.11.2019 ein Vereinsverbot gegen die dort ansässige rechtsextremistische Gruppierung „Phalanx 18“.



Logo Combat 18 Deutschland; in Deutschland verboten

2.6 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Gründung/ Bestehen seit	Oktober 2012; als eingetragener Verein mit Sitz in Paderborn (Nordrhein-Westfalen) seit August 2014: „Identitäre Bewegung Deutschland e. V.“	
Struktur/ Repräsentanz	Bundesweit diverse Regional- und Ortsgruppen; Schwerpunkte in Niedersachsen sind der Raum Hannover-Hildesheim-Braunschweig sowie der Raum Lüneburg	
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ²⁷ →	Land: 50 →

26 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Pressemitteilung vom 23.01.2020: Bundesinnenminister verbietet „Combat 18 Deutschland“.

27 Auf Bundesebene werden die Mitglieder der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) unter dem rechtsextremistischen Personenpotenzial in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen gezählt. Eine gesonderte Ausweisung des Personenpotenzials der IBD erfolgt nicht; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

Veröffentlichungen Eigene Internetseite (Allgemeines) mit Verlinkungen zu Internetpräsentationen herausragender Kampagnen („Defend Europe“, „Kein Opfer ist vergessen“). Die einzelnen Regional- und Ortsgruppen sind mit eigenen Profiseiten auch in einzelnen Sozialen Netzwerken zu finden.

Kurzportrait/Ziele Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) ist eine aktivistische Gemeinschaft im europäischen Rechtsextremismus, deren Vertreter auch in Niedersachsen lokale Untergruppen gebildet haben. Die IBD ist in einer netzwerkähnlichen Struktur organisiert und basiert auf Personenzusammenschlüssen vor allem jüngerer Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Ideologisch wird die IBD dem Umfeld der Neuen Rechten²⁸ zugeordnet und gehört zu einem intellektuell geprägten Spektrum im organisierten Rechtsextremismus, das sich auf die antidemokratischen Theoretiker der „Konservativen Revolution“ beruft. Belege hierfür sind ihre programmatischen Positionierungen und ihr ideologisches Konzept der „ethnokulturellen Identität“, aber auch diverse europaweite Kontakte zu Personen und Organisationen der Neuen Rechten. Im Gegensatz zu den Denkkreisen der Neuen Rechten führt die IBD jedoch auch konkrete Aktionen durch und verbreitet diese anschließend medial aufbereitet im Internet.

Finanzierung Die IBD finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem Verkauf von Artikeln im Internetshop der Organisation. Die eigene Vermarktung erfolgt über eine Internetseite.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die IBD versteht sich als Ableger der Identitären Bewegung Österreich und der französischen Jugendorganisation „Génération Identitaire“ (GI). Insbesondere die GI diente der IBD in ihrer Gründungsphase als Vorbild für eigene Aktivitäten. Bei der GI handelt es sich um die Jugendorganisation des Bloc identitaire, der die Nachfolgeorganisation der aufgrund rassistischer und gewalttätiger Aktivitäten im Jahr 2002 verbotenen Gruppierung Unité radicale darstellt

²⁸ Die mit dem Begriff Neue Rechte bezeichnete ideologische Strömung beruft sich auf die „Konservative Revolution“, eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.

und von den französischen Behörden als rechtsextremistisch eingestuft wird.

Erkennungszeichen der „Identitären Bewegung“ ist das Lambda, der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets, in einem Kreis. Das Symbol war im antiken Griechenland das Erkennungsmerkmal der Spartaner, die u. a. im 5. Jahrhundert v. Chr. gegen die Invasion der Perser kämpften. In Anlehnung an den US-amerikanischen Kinofilm „300“ wird der Bezug zu den Soldaten des spartanischen Heeres hergestellt, die auf ihren Schilden das Lambda trugen. Die Mitglieder der „Identitären Bewegung“ sehen sich in der Tradition der Spartaner und tragen dies mit der Verwendung des Lambda öffentlich zur Schau.

Die IBD betrachtet sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung. Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die ihrer Meinung nach bedrohte Freiheit und kulturelle Identität zu vereinen. Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD folglich in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition“. An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der „ethnokulturellen Identität“, die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps“ sowie durch angebliche „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“ bedroht sei. Das Konzept der „ethnokulturellen Identität“ bezeichnet dabei einen völkischen Nationalismus bzw. Regionalismus im europäischen Kontext. In Anlehnung an den Franzosen Alain de Benoist, der einer der maßgeblichen Vordenker der Neuen Rechten in Europa ist, wird darunter eine ethnische, religiöse und kulturelle Prägung von Gemeinschaften und ganzen Völkern verstanden, durch die allein sich die Identität des Einzelnen definiere.

Die IBD richtet sich deshalb vehement gegen Multikulturalismus und propagiert einen europäischen Ethnopluralismus, der erstens die vermeintlich zu verteidigenden kulturellen und zugleich angeblich naturgegebenen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen im Sinne eines kulturellen Rassismus begründet und der zweitens dementsprechend die strikte räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien fordert. Die Positionen der IBD sind vor allem von einer zum antimuslimischen Rassismus tendierenden Islamfeindlichkeit geprägt. Die IBD behauptet eine Unvereinbarkeit und Feindschaft der Muslime mit der einheimischen Bevölkerung und schreibt ihnen unabänderliche Wesensmerkmale (frauenfeindlich, unehr-



lich, machtbesessen usw.) pauschal zu. Ethnische Zugehörigkeiten werden auf diese Weise kulturalisiert und religiös überhöht, auch um an bestehende fremden- und islamfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen zu können. Hiermit richtet sich die IBD gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Seit die IBD im September 2014 ihre Kampagnenfelder auf das Thema Asylsuchende ausgeweitet hat, ist eine weitere Radikalisierung festzustellen. Nach Meinung der „Identitären“ sind die Asylsuchenden in ihrer großen Mehrzahl „aggressive Kolonisatoren, die die indigene Bevölkerung immer weiter verdrängen und nicht integrierbar sind“. Im Zuge der Asylpolitik der Bundesregierung fokussierte sich die IBD unter Initiierung der Kampagne „Großer Austausch“ fortan auf dieses Themenfeld. Im Jahr 2016 wurde die Kampagne mit der Forderung nach „Remigration“ weitergeführt und wiederholt mit dem Hinweis auf eine angeblich gestiegene Bedrohungslage durch „Kriminelle und Terroristen“ im Zuge der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands und Europas verbunden. Im Jahr 2019 wurden beide Themen im Rahmen der bundesweiten „Aktionswoche Remigration“ und „Aktionswoche -NO- Go Areas“ wieder aufgegriffen.

„Du verstehst hier keine Worte deiner eigenen Sprache mehr und die Menschen deiner Umgebung sind dir grundsätzlich fremd. Die Kriminalitätsbelastung in den Gebieten steigt. Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Körperverletzungen gehören in den multikulturell geprägten Vierteln der Großstädte zum traurigen Alltag. Arabische und afrikanische Clans entziehen sich der öffentlichen Rechtsordnung und unserem kulturellem Verständnis. Sie schaffen ihre eigene kleine Parallelwelt, in der unsere Leitkultur, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keinen Platz haben. Es ist das Ergebnis des Großen Austausches, der durch die jahrelange Politik der Masseneinwanderung und offenen Grenzen begünstigt wurde.“

(Internetseite der IBD vom 18.03.2019)

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Aktionen an Parteibüros und Medienhäusern

Am 14.01.2019 führten Aktivisten der Identitären Bewegung eine „bundesweite Aktion“ unter dem Motto „Schreibtischtäter benennen – Gegen linke Gewalt“ vor Parteibüros von SPD, DIE LINKE. und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie vor verschiedenen Medienhäusern durch. Vor Ort wurden themenbezogene Plakate und Flugblätter (u. a. mit der Aufschrift „Wann problematisieren SIE LINKE GEWALT?“) an Fenstern und Fassaden geklebt sowie Steinhäufen aufgeschichtet, um kleine Holzstiele mit roten Fähnchen und laminierten Flugblättern aufzustellen. Mitglieder der „IB Niedersachsen“ beteiligten sich in Lüneburg an der Aktion und brachten mehrere Flugblätter am dortigen Wahlkreisbüro der Partei DIE LINKE. an. Anschließend wurden Bilder der Aktion über den Kurznachrichtendienst Twitter veröffentlicht. Hierbei wurde auch auf einen vermeintlich linksmotivierten Angriff auf einen Bremer AfD-Politiker Bezug genommen. Dieser stehe stellvertretend für „linke Gewalttaten, die unter dem Deckmantel der Demokratie getätigt“ und „konsequent totgeschwiegen und in den Parlamenten nicht thematisiert“ würden.



„Wir haben daher eine deutliche Botschaft vor die Büros und Schaltstellen der Unterstützer und Verharmloser der linken Gewalt getragen“

(Internetseite der „Identitären Bewegung Deutschland“ vom 14.01.2019)

Störung einer proeuropäischen Versammlung in Hildesheim

Am 10.02.2019 fand in der Hildesheimer Innenstadt eine proeuropäische Versammlung unter dem Thema „Pulse of Europe“ statt, an der sich etwa 40 Personen beteiligten. Während der Versammlung wurden neun Mitglieder der „IB Niedersachsen“ festgestellt, die versuchten, den Versammlungsablauf durch das Zeigen von EU-kritischen Schildern und durch das Verteilen von entsprechenden Flugblättern zu stören. Die gezeigten Schilder hatten u. a. die Aufschriften „Masseneinwanderung statt Überalterung“, „Heute Europa und Morgen die ganze Welt“ und „Die Völker Europas überwinden“. Da die IB-Aktivisten der Aufforderung des Versammlungsleiters von „Pulse of Europe“ nicht nachkamen, die Störungen zu unterlassen, beendete dieser daraufhin die eigene Versammlung. Gegen die namentlich festgestellten Störer wurden Ordnungswidrigkeitsverfahren nach dem Versammlungsgesetz und der Hildesheimer Stadtverordnung eingeleitet. Bilder und ein kurzes Video der Aktion veröffentlichte die „IB Niedersachsen“ wie üblich beim Kurznachrichtendienst Twitter.

Islamfeindliche Aktion vor der TU Braunschweig

Am 17.05.2019 führten mehrere Mitglieder der „Identitären Bewegung“ vor der Technischen Universität in Braunschweig eine Banneraktion durch. Auf dem Banner mit der Aufschrift „Deutschlands Zukunft“ befanden sich die schattenhaften Darstellungen mehrerer Moschen. Bei der Aktion wurden auch Papierschnipsel mit dem Logo und dem Hinweis auf die Internetseite der „Identitären Bewegung“ verteilt. Auf deren Rückseite befanden sich die bekannten Slogans „Heimat, Frei-



heit, Tradition“, „Werde auch du aktiv für unser Land“ und „Kommt in die Bewegung“. Bei der anschließenden Veröffentlichung auf dem Kurznachrichtendienst Twitter prangerte die „IB Niedersachsen“ erneut die ihrer Meinung nach drohende Islamisierung Europas an.



„Das Schreckensgespenst #Islamismus schwebt über Europa... Islamismus ist kein Gespenst! Es ist eine der größten Gefahren für Europa!“

(Twitter-Account der „IB Niedersachsen“ vom 17.05.2019)

Banneraktion anlässlich eines Besuches der Bundeskanzlerin

Bei dem Besuch der Stadt Goslar von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 19.06.2019 führte die „IB Niedersachsen“ eine Banneraktion durch. Bei der anschließenden Veröffentlichung über den Kurznachrichtendienst Twitter zeigte die IB u. a. ein auf dem Dach einer Warenhauskette befestigtes Banner mit der Aufschrift: „UNSER EUROPA IST NICHT EURE UNION IHR SPRECHT VON EUROPA DOCH VERGESST SEINE VÖLKER“.

„Wie wir Aktivisten nun einmal sind, empfangen wir diese Dame, welche für den ‚hervorragenden Zustand‘ unseres Landes verantwortlich ist, mit unseren Freunden aus dem #Harz mit einem ‚kleinen‘ Banner.“

(Twitter-Account der „IB Niedersachsen“ vom 19.06.2019)



Versammlungsrechtliche Aktionen in Halle/Saale

Für den 20.07.2019 wurden von der IBD mehrere versammlungsrechtliche Aktionen in Halle/Saale (Sachsen-Anhalt) angemeldet. Neben zwei Infotischen war ein zentraler Aufzug unter dem Motto „Europa verteidigen – es bleibt unsere Heimat“ geplant. Am Veranstaltungstag fanden sich nach Polizeiangaben bis zu 250 Mitglieder und Sympathisanten der „Identitären Bewegung“ am Veranstaltungsort ein. Unter den Teilnehmern konnten mehrere Aktivisten der „IB Niedersachsen“ festgestellt werden. Parallel fanden mehrere Gegenveranstaltungen (u. a. des Bündnisses „Halle gegen Rechts“) mit bis zu 2.200 Teilnehmern statt. Aufgrund der Proteste konnte der Aufzug der „Identitären Bewegung“ nicht durchgeführt werden. Zwei weitere Spontandemonstrationen der IBD wurden im Verlauf des Tages ebenfalls aufgrund von Sicherheitsbedenken von der Polizei untersagt. Insgesamt blieb die Veranstaltung hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Dennoch sind die länderübergreifende Beteiligung an bundesweiten Aktionen sowie die Anwesenheit weiterer europäischer IB-Mitglieder (hauptsächlich Mitglieder der IB Österreich) Anhaltspunkte für die starke Vernetzung der Aktivisten und die geschlossene politische Haltung der „Identitären Bewegung“.

Vernetzung durch regionale Stammtische und Schulungsabende der „Identitären Bewegung“ in Niedersachsen

Auch im Verlauf des Jahres 2019 bewarb die „IB Niedersachsen“ über ihren Twitter-Account regelmäßig Stammtische und Vorträge in Hannover, um einerseits neue Interessenten auf lokaler Ebene anzusprechen und um andererseits die Vernetzung der bereits vorhandenen Mitglieder voranzutreiben.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nachdem die IBD am 10.10.2012 zunächst als Facebook-Gruppe gegründet wurde, war das soziale Netzwerk bis Mai 2018 ihre größte Plattform zur Veröffentlichung von Informationen über eigene Aktionen und über ideologische Kampagnen. Durch die dortige Verbreitung konnten neue Interessenten angesprochen und für die Teilnahme an Aktionen oder Stammtischen geworben werden. Mit der Sperrung ihrer Facebook- und Instagram-Profilen im Mai 2018

verlor die „Identitäre Bewegung“ ihr größtes Zugpferd hinsichtlich der Verbreitung ihrer Ideologie. Alternativ wurde seitdem versucht, mit größeren Aktionen mehr Aufmerksamkeit zu erhalten. Allerdings blieben sowohl das „IB-Festival“ am 25.08.2018 in Dresden als auch die Aktionen am 20.07.2019 in Halle/Saale hinter den Erwartungen zurück. Dennoch ist die länderübergreifende Beteiligung an bundesweiten Aktionen sowie die Anwesenheit weiterer europäischer IB-Mitglieder (hauptsächlich Mitglieder der IB Österreich) ein Anhaltspunkt für die starke Vernetzung der Aktivisten und die geschlossene politische Haltung der „Identitären Bewegung“. Es bleibt abzuwarten, ob die „Identitäre Bewegung“ trotz der eher geringen Teilnahmebereitschaft der eigenen Mitglieder auch weiterhin an der Durchführung von Großaktionen festhält. Möglich wäre ebenso eine Rückkehr zur bisherigen Strategie, mit einem geringen Personalaufwand eine größtmögliche mediale Reaktion zu provozieren.

Allerdings waren die Aktionen und Veranstaltungen der „Identitären Bewegung“ im Jahr 2019 wie bereits im Vorjahr kaum geeignet, ein größeres Publikum anzusprechen oder eine größere mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Auch die angestrebte (Groß-) Veranstaltung in Halle/Saale blieb mit Blick auf die Teilnehmerzahlen hinter den Erwartungen zurück. Umso wichtiger wird es für die „Identitäre Bewegung“ künftig sein, wieder mehr Aufmerksamkeit zurückzuerlangen. Ob dies in Form von Aktionen wie der Besetzung des Brandenburger Tores im August 2016 oder durch die Mobilisierung der eigenen Aktivisten zu öffentlichem Auftreten der Fall sein wird, ist bisher nicht abzusehen. Die Reichweite solcher Aktionen ist ohne die bisher erfolgte Aufbereitung zur Selbstdarstellung in den sozialen Medien deutlich eingeschränkt. Sollte es nicht gelingen, die eigenen Anhänger entsprechend zu mobilisieren, droht der „Identitären Bewegung“ ein weiterer herber Rückschlag, auch hinsichtlich der Rekrutierung neuer Aktivisten. Mögliche Folgen aus diesem Umstand sind, dass sich die „Identitäre Bewegung“ entweder radikalisiert oder letztlich zerfällt, weil sich ihre Anhänger anderen rechtsextremistischen Gruppierungen anschließen oder dem demokratisch-konservativen Lager zuwenden.

Inhaltlich hat sich die IBD kaum verändert. Durch das Hineintragen emotional aufgeladener Themen (u. a. „Gewalt gegen Frauen“) in den öffentlichen Raum erreicht die „Identitäre Bewegung“ eine An-

schlussfähigkeit für breitere gesellschaftliche Kreise. Das Wiederaufgreifen von „älteren“ Themenkomplexen zeugt ebenfalls von einem Stillstand innerhalb der ideologischen Entwicklung der „Identitären Bewegung“. Beispiele sind hier wiederholte Hinweise auf eine angeblich gestiegene Bedrohungslage durch „Kriminelle und Terroristen“ im Zuge der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands und Europas, die aktuell im Rahmen der bundesweiten „Aktionswoche Remigration“ und „Aktionswoche -NO- Go Areas“ thematisiert wurden. Die Aktionen und aktuellen Kampagnen der „Identitären Bewegung“ stehen auch im Jahr 2019 inhaltlich für eine Fortführung der ideologisch-programmatischen Forderung nach dem Erhalt der „ethnokulturellen Identität“ und zeigen in der begleitenden Darstellung im Internet unverkennbar fremdenfeindliche Positionen bis hin zu völkisch-nationalistischen Haltungen.

Ideologisch verfolgt die „Identitäre Bewegung“ damit weiterhin einen Ethnopluralismus, der Menschen aufgrund kultureller Zugehörigkeiten klassifiziert und bewertet. Der Einzelne wird nicht als Individuum, sondern als Teil eines Kollektivs wahrgenommen, dem bestimmte unabänderliche Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben werden. Im Sinne eines volksgemeinschaftlichen Denkens wird hierbei die Identität eines Menschen aufgrund seiner ethnischen Herkunft definiert. Die Identität eines Volkes bzw. einer Nation ist demnach vor allem durch die jeweiligen kulturellen Eigenheiten und Errungenschaften geprägt. Den ideologischen Bezugsrahmen bieten rechtskonservative Theoretiker der Weimarer Republik wie Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler, die zu den antiliberalen und antiegalitären Denkkreisen der „Konservativen Revolution“ gezählt werden. So steht im Mittelpunkt der identitären Ideologie ein kollektivistisches Begriffsverständnis von „Freiheit, Heimat, Tradition“, das primär auf Ausgrenzung, Abwertung und Ungleichheit setzt und sich kategorisch gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet.

2.7 Junge Alternative (JA) Niedersachsen

Gründung/ Bestehen seit	November 2013; Auflösung vorläufig 04.11.2018	
Struktur/ Repräsentanz	Landesverband; vier Bezirksverbände (Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems) sowie die Hochschulgruppe Göttingen	
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Bund: 1.600	Land: 25 →
Veröffentlichungen	Eigene Internetseite, Präsenzen des Landesverbandes und der Bezirksverbände in den gängigen sozialen Netzwerken	
Kurzportrait/Ziele	<p>Die „Junge Alternative (JA) Niedersachsen“ ist die Jugendorganisation der Alternative für Deutschland (AfD). Sie stellt eine eigenständige, dem Bundesverband der Jungen Alternative für Deutschland untergeordnete politische Vereinigung dar. Die JA Niedersachsen ist ein Personenzusammenschluss aus jungen Menschen, überwiegend zwischen 18 und 30 Jahren. Der niedersächsische Landesverband vertritt seit dem Jahr 2017 insbesondere auf Funktionärebene vermehrt rechtsextremistische Positionen und pflegt gezielt Kontakte zu rechtsextremistischen Akteuren und Gruppierungen, die in erster Linie der Neuen Rechten zuzuordnen sind. Die Verbreitung von geschichtsrevisionistischen und geschichtsrelativierenden Äußerungen wie auch von verschwörungstheoretischen Inhalten deutet darüber hinaus auf eine geistige Nähe zu klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmustern und Agitationsstrategien hin.</p> <p>Infolge der Mitte 2017 erfolgten Konstituierung eines neuen Landesvorstandes entwickelte die JA Niedersachsen eine politische und ideologische Positionierung, die sich verstärkt an der Grenze zwischen Populismus und Extremismus orientierte und diese bisweilen deutlich überschritt. Die Situation führte zum Austritt bzw. Einflussverlust vieler gemäßiger Kräfte. Fortan dominerten in erster Linie antidemokratische, antipluralistische sowie islam-,</p>	

einwanderungs- und asylfeindliche Inhalte die Themensetzung der Organisation. Nach der Bekanntgabe, dass die JA Niedersachsen mit Wirkung vom 03.09.2018 nunmehr Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes ist, erfolgte im November 2018 die Auflösung des Landesverbandes.

Finanzierung

Die JA Niedersachsen finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die JA Niedersachsen propagiert ein Weltbild, in dem Minderheiten (vor allem Einwanderer, Asylbewerber, Muslime) sowie politische Gegner pauschal abgewertet, diffamiert und verächtlich gemacht werden. Indem sie eine repressive, autoritäre und antipluralistische Zielsetzung vertritt, negiert die JA Niedersachsen zentrale Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. Das formelle Bekenntnis der JA Niedersachsen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann daher lediglich als taktisch gewertet werden. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung aller gesammelten Erkenntnisse wahrscheinlich, dass das demokratische System organisationsintern in Frage gestellt wird. Insgesamt ist festzustellen, dass sich die JA Niedersachsen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, insbesondere gegen die Würde des Menschen (Art. 1 GG), gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG), gegen die Freiheit des Glaubens und der ungestörten Religionsausübung (Art. 4 GG), gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 GG) und gegen das Recht auf Asyl (Art. 16a GG). Sie erfüllt damit die Voraussetzungen einer Beobachtung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.



Auflösung des niedersächsischen Landesverbandes

Als am 03.09.2018 die Beobachtung der JA Niedersachsen sowie der JA Bremen durch die jeweiligen Innenressorts bekannt gegeben wurde, reagierte der JA-Bundesverband wenige Stunden später mit einer Pressemitteilung, in der er die Entscheidung zur Beobachtung „als nicht nachvollziehbar“ bezeichnete. Gleichzeitig wurde in der Pressemitteilung jedoch angekündigt, zeitnah einen außerordentlichen Bundeskongress abzuhalten, auf dem die Abgliederung bzw. die Auflösung der Landesverbände Niedersachsen und Bremen beschlossen werden sollte.²⁹



Der JA-Bundesverband ließ an diesem Tag außerdem verlauten, man wolle die Beobachtung „mit allen rechtlichen Mitteln“ anfechten. Letztlich blieb es aber bei der bloßen Ankündigung. Die über beide Landesverbände mitgeteilten Erkenntnisse und Materialien hatten offenbar selbst beim Bundesverband keine Zweifel an einer Rechtmäßigkeit der Beobachtung zugelassen, wie es auch später in einer Pressemitteilung hieß:

„Dem Landesverband Niedersachsen wurden erhebliche und vorsätzliche Verstöße gegen ... die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen und nachgewiesen.“

(Pressemitteilung des JA-Bundesverbandes vom 04.11.2018)

Im Oktober 2018 intensivierten sich die Planungen für die Auflösung des niedersächsischen Landesverbandes und eine Neugründung bzw. Neustrukturierung der Jugendorganisation. Der angekündigte, außerplanmäßige Bundeskongress fand schließlich am 04.11.2018 im Zehensaal in Barsinghausen (Region Hannover) statt. Der einzige inhaltliche Tagesordnungspunkt befasste sich erwartungsgemäß mit der „Abgliederung der JA Niedersachsen“. Um die angestrebte Abgliederung bzw. Auflösung durchzusetzen, musste eine Zweidrittelmehrheit unter den etwa 260 Teilnehmenden erreicht wer-

²⁹ Pressemitteilung des JA-Bundesverbandes vom 03.09.2018.

den. Obwohl vom JA-Bundesverband und von der AfD massiv für die Auflösung geworben wurde und man sich bemühte, möglichst viele gemäßigte JA-Mitglieder zur Teilnahme an dem Bundeskongress zu bewegen, waren es am Ende wenige Stimmen, die für die notwendige Mehrheit sorgten. Infolge der Entscheidung erlosch die Mitgliedschaft von ungefähr 180 Personen.

Reaktionen nach der Auflösung

Vor dem Hintergrund der knappen Entscheidung gab es unterschiedliche Bewertungen. Während sich der Bundesverband „erleichtert“ zeigte und die Entscheidung „ausdrücklich begrüßte“, sprachen niedersächsische Mitglieder von „einem schwierigen Tag“ für sich selbst und „ihre Kameraden der ehemaligen JA Niedersachsen“. Einigkeit herrschte darin, der JA Niedersachsen im Jahr 2019 einen Neuanfang zu ermöglichen. Die zunächst zeitnah nach der Auflösung angestrebte Neugründung des niedersächsischen Landesverbandes ist (bislang) jedoch nicht zustande gekommen.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Entwicklung nach der Auflösung

Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den JA-Bundesverband am 15.01.2019 zum Verdachtsfall erhob, gerieten sowohl die Partei als auch die Jugendorganisation und ihre Untergliederungen in die Defensive. Analog zur Bewertung des niedersächsischen Landesverbandes der JA durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz waren die für die Entscheidung des BfV ausschlaggebenden Ideologeelemente, in erster Linie die Islam- und Asylfeindlichkeit sowie die Diffamierung und Verächtlichmachung anderer Parteien bzw. des Mehrparteiensystems, aber auch die Delegitimierung des politischen Systems insgesamt und die drastische Missachtung rechtsstaatlicher Grundprinzipien sowie Schuldabwehr und Geschichtsrevisionismus.

Mit dem „Deutschlandplan“ liegt eine offizielle Programmatik vor, die an mehreren Stellen eindeutig Verletzungen der im Grundgesetz garantierten Menschenwürde einfordert. Auch die Rhetorik der Funktionäre auf Bundes- und Länderebene ist von Abwertungen und Verächtlichmachungen geprägt. Einwanderer und Flüchtlinge

werden pauschal und konsequent in demütigender Weise herabgewürdigt. Die Vielzahl solcher Äußerungen innerhalb der JA belegt zudem, dass es sich nicht um einzelne Entgleisungen, sondern um ein zentrales Charakteristikum der Organisation handelt. Weiterhin ist bemerkenswert, wie ausgeprägt die Bereitschaft innerhalb der JA ist, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen und zu relativieren.

Wegen der in Folge der Verdachtsfalleinstufung hohen Zahl an – mitunter öffentlich inszenierten – Austritten und einem damit verbundenem Substanzverlust sah sich die JA Anfang des Jahres 2019 genötigt, den sogenannten „Deutschlandplan“ inhaltlich zu entschärfen.

In Niedersachsen führte die Einstufung des JA-Bundesverbandes als Verdachtsfall dazu, dass sich diejenigen Mitglieder, die zunächst für die Koordination und Durchführung der Neugründung des Landesverbandes vorgesehen waren, von der Organisation distanzieren bzw. für ihre geplanten Aufgaben in Niedersachsen nicht mehr zur Verfügung standen.

Der Bundesvorstand selbst sprach in einer am 25.06.2019 in Berlin abgehaltenen Pressekonferenz davon, dass die Auflösung des niedersächsischen JA-Landesverbandes darauf beruhe, „dass das Verhalten einzelner Mitglieder des Landesverbandes Niedersachsen in eklatanter Weise gegen die Grundsätze der „Jungen Alternative“ verstoßen habe.“³⁰ Den Kern der internen Auseinandersetzung der JA mit der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern bildet die Argumentation, dass die Verdachtsfalleinstufung zwar durchaus auf tatsächlich existierenden Anhaltspunkten für eine rechtsextremistische Bestrebung zurückzuführen sei, es sich aber lediglich um einzelne Mitglieder handele. Die für die Beobachtung des niedersächsischen Landesverbandes entscheidenden strukturellen und programmatischen Dimensionen werden hierbei bewusst ausgeblendet.

³⁰ Pressekonferenz der „Jungen Alternative“ für Deutschland am 25.06.2019 in Berlin.

Politische Aktivitäten und Neuformierungen

Nach Äußerungen des JA-Bundesvorsitzenden Damian Lohr auf der bereits erwähnten Pressekonferenz zur Zukunft des niedersächsischen Landesverbandes fänden „mittlerweile bereits erste Treffen“ statt:

„... wir sind optimistisch, dass wir nicht in allzu ferner Zeit dort die Junge Alternative auch neu aufstellen können.“³¹

Hiervon abgesehen zeichnete sich in Niedersachsen eine dezentrale Strategie ab, bei der einzelne Kreisverbände versuchten, regionale Jugendgruppen ohne einheitliche Organisationsbezeichnung zu etablieren. So ist u. a. von der „Jungen AfD“, den „Jungen Erwachsenen“, der „patriotischen Jugend“ oder der „AfD-Jugend“ die Rede. Darüber hinaus benannten einzelne Kreisverbände offizielle Ansprechpartner für interessierte Jugendliche.

Personell setzten sich diese neuen Jugendstrukturen zum Teil aus ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der JA Niedersachsen zusammen. Spezifische inhaltliche bzw. politische Verlautbarungen und Zielsetzungen sind bisher nicht zu vernehmen. Hingegen sind vereinzelt öffentliche Auftritte dieser neu strukturierten Personenzusammenschlüsse festzustellen.

Ein Beispiel ist die am 24.08.2019 in Hannover stattgefundene Demonstration unter dem Titel „Zunehmende Gewaltdelikte in Deutschland“. Einige Teilnehmer führten Fahnen mit sich, auf denen „Junge AfD Hannover Stadt“ geschrieben stand. An der Veranstaltung nahmen mehrere hundert Personen teil, darunter Rechtsextremisten verschiedener Spektren. Neben Personen, die dem traditionellen Rechtsextremismus zugerechnet werden können, wie etwa der NPD oder der neonazistischen Szene, waren auch Akteure aus dem Bereich der sogenannten Neuen Rechten vertreten. Dabei handelte es sich um Aktivisten der „Identitären Bewegung“ sowie der ehemaligen JA Niedersachsen.

Ehemalige Mitglieder der JA Niedersachsen sind mittlerweile auch in anderen rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen aktiv. Neben einzelner Partizipation in neonazistischen Gruppierungen

³¹ Ebd.

wurden insbesondere die zum Teil bereits bestehenden Verbindungen zur „Identitären Bewegung“ vertieft.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Beobachtung der JA Niedersachsen gründet im Wesentlichen auf ideologischen und personellen Überschneidungen mit rechtsextremistischen Organisationen. Dies lässt eine strukturelle Nähe zum organisierten Rechtsextremismus erkennen. Die Abgliederung bzw. Auflösung des Landesverbandes hat für den Niedersächsischen Verfassungsschutz zunächst keine Konsequenzen. Eine formale Neugründung des Landesverbandes wird an der Einschätzung der JA Niedersachsen als rechtsextremistische Bestrebung vorerst nichts ändern. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich die JA Niedersachsen oder ggf. eine ihr zuzuordnende Nachfolgeorganisation von rechtsextremistischer Ideologie zu trennen vermag und welche inhaltlichen Auseinandersetzungen diesen Prozess begleiten.

2.8 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz/Verbreitung

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Sitz des Bundesverbandes: Berlin;

Sitz des Landesverbandes: Oldenburg

„Junge Nationalisten“ (JN)

Sitz des Bundesverbandes: Riesa (Sachsen);

Sitz des Landesverbandes Nord: ohne Angabe

Gründung/

1964; 1969 der Jugendorganisation

Bestehen seit

Struktur/

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Repräsentanz

Bundvorsitzender: Frank Franz;

Landesvorsitzender: Manfred Dammann; wenige handlungsfähige

Unterbezirke in Niedersachsen



Die soziale
HEIMATPARTEI

„Junge Nationalisten (JN)“

Bundesvorsitzender: Paul Rzehaczek;
Landesvorsitzender Nord: Sebastian Weigler (Niedersachsen);
außer in Braunschweig keine handlungsfähigen Stützpunkte in
Niedersachsen

Mitglieder/ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Anhänger/ Bund: 3.600 ↘ Land: 240 ↘

Unterstützer „Junge Nationalisten“ (JN)

Bund: 225 ↘ Land: 10 →

Veröffentlichungen Bund: Deutsche Stimme (DS) (monatlich);
Web-Angebote auf Bundes- und Landesebene sowie in sozialen
Netzwerken

Kurzportrait/Ziele Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist eine
rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland
beseitigen will und stattdessen offen und aggressiv fremdenfeind-
liche, rassistische und antisemitische Positionen propagiert. Ihre
von völkisch-rassistischen Vorstellungen geleitete Programmatik
weist eine ideologische und sprachliche Nähe zur Ideologie der
„Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) auf.

Finanzierung Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die NPD lehnt die freiheitliche Demokratie ab und will diese besei-
tigen. Dies betrifft auch einzelne, aber wesentliche Prinzipien und
Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grund-
gesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne
Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die NPD spricht Menschen nur
eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. In dem 2010 ver-
abschiedeten Parteiprogramm „Arbeit – Familie – Vaterland“ pro-
klamiert sie die Volksgemeinschaft: „Die Würde des Menschen als
soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft.
Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit.“ In
konsequenter Umsetzung dieser völkisch-nationalen Grundordnung
will die NPD alles „Fremde“ aus der „Solidargemeinschaft aller
Deutschen“ entfernen. Hiermit richtet sich die NPD insbesondere
gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG)

und gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.



Die NPD ist verfassungsfeindlich

Der von den Innenministern und -senatoren der Bundesländer am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereichte Antrag auf Verbot der NPD und ihrer Unterorganisationen wurde am 17.01.2017 vom Zweiten Senat des Gerichts zurückgewiesen (BVerfGE 2 BvB 1/13). In dem Urteil hatte das BVerfG zwar die Verfassungsfeindlichkeit der NPD bestätigt, aber kein Verbot ausgesprochen. In dem Urteil wurde ausgeführt:

„Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt, weshalb der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes den zulässigen Antrag des Bundesrates auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) mit heute verkündetem Urteil einstimmig als unbegründet zurückgewiesen hat.“

In seiner weiteren Urteilsbegründung verwies das Gericht darauf, dass es dem verfassungsändernden Gesetzgeber vorbehalten sei, Sanktionsmöglichkeiten für verfassungsfeindliche Parteien zu schaffen. In Folge dessen beschloss der Bundestag im Sommer 2017 die Änderung von Art. 21 Abs. 3 Grundgesetz (GG) wie folgt:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen.“

Am 19.07.2019 reichten die drei Verfassungsorgane Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung den Antrag auf Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung beim BVerfG ein. In dem Antrag wird ausführlich begründet, dass die Partei die parlamentarische Demokratie verachtet und ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger nach darauf ausgerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Nach einem Ausschluss von der Parteienfinanzierung würde dann auch die steuerliche Begünstigung der NPD entfallen. Sollte der Antrag erfolgreich sein, würde die Partei über sechs Jahre von der Staatsfinanzierung ausgeschlossen werden.

Anfang 2019 legte die NPD die Druckfassung ihrer Kommentierung zum aktuellen Parteiprogramm unter der Überschrift „Was wir wollen“ vor. Die Kommentierung war vom Parteivorstand im September 2018 beschlossen worden. In der Broschüre werden „die programmatischen Alleinstellungsmerkmale“ der Partei benannt, die an drei „weltanschaulichen Säulen“ festgemacht werden.³² Als erste Säule bezeichnet der Begriff „Nationaldemokratie“ die Zusammenführung („Synthese“) der angeblich gegensätzlichen Konstrukte von Nation und Demokratie im Sinne eines volksgemeinschaftlichen Denkens. Die zweite Säule umfasst ein „lebensrichtiges Menschenbild“, mit dem die Partei das ihrer Meinung nach bestehende „Dogma von der Gleichartigkeit der Menschen“ ablehnt. Sie befürwortet stattdessen, „alle wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Menschen als Grundlage politischer Entscheidungen“ heranzuziehen. Nach Auffassung der NPD würden sich diese „wissenschaftlichen Erkenntnisse“ grundlegend von den „inhumanen oder irrationalen Glaubensgrundsätzen“ eines „anarchokapitalistischen, oligarchischen und migrantischen EU-Zwangsstaates“ unterscheiden.³³ Mit dem „Recht auf nationalen Dreiklang“ als dritte Säule sollen nach dem Willen

32 Vgl. NPD-Parteivorstand: „Was wir wollen. Kommentierung des Parteiprogramms“, Berlin 2018, S. 9f.; siehe auch das Interview mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ronny Zasowk in derselben Broschüre, S. 186–187.

33 Vgl. NPD-Parteivorstand: „Was wir wollen. Kommentierung des Parteiprogramms“, Berlin 2018, Seite 10, 13.

der NPD „alle Völker der Welt ihre nationale Identität frei ausüben dürfen, ihre nationale Souveränität bewahren können und in nationaler Souveränität ihre Menschen beschützen dürfen.“³⁴ Diese drei ideologischen Säulen werden in der Programmatik der NPD zur „Anerkennung und Achtung der natürlichen Unterschiedlichkeit der Menschen“ verbunden, wie es in der Broschüre heißt, auch um damit die „natürliche Ungleichartigkeit aller Menschen“ zu begründen.³⁵

Im Ergebnis dieses „nationaldemokratischen Dreiklangs“ versteht sich die NPD „als Interessenvertretung der ethnischen Deutschen, als eine politische Partei im Sinne des Art. 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik, die sich für alle Deutschen und ihre Menschen- und Bürgerechte einsetzt“. Der Parteivorstand vertritt dabei die Ansicht, dass „ethnisch“ auch durch den Begriff „völkisch“ ersetzt werden könnte.³⁶ Darüber hinaus wird die Forderung aufgestellt, „Rahmenbedingungen für eine freie und wirklichkeitsgetreue Geschichtsschreibung zu schaffen“. Damit wäre nach Auffassung der NPD „einem Schuld kult, wie ihn die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland betreibt, ... die Grundlage entzogen“.³⁷ Mit der positiven Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus wie auch auf geschichtsrevisionistische Standpunkte gehen nicht selten antisemitische Positionen einher, die in der NPD tief verwurzelt sind. So wurde Anfang Oktober 2019 die Parteizentrale in Berlin von der Polizei durchsucht, nachdem mehrere Personen antisemitische und fremdenfeindliche Parolen sowie „Sieg Heil“ gerufen hatten.



Aktivitäten der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verfolgt die NPD unverändert die 1996 entwickelte „Drei-Säulen-Strategie“ („Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“). Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst neben der Schulung von Mitgliedern auch den Kampf

³⁴ Vgl. ebd., Seite 10.

³⁵ Vgl. ebd., Seite 11.

³⁶ Vgl. ebd., Seite 17.

³⁷ Vgl. ebd., Seite 136.

um die Deutung politischer Begriffe (kulturelle Hegemonie). Hierbei versucht die NPD, an vorhandene Ressentiments in Teilen der Bevölkerung anzuschließen. Hatte die NPD bei Wahlerfolgen in der Vergangenheit noch von den Protestbewegungen gegen die Sozialreformen profitiert, verschob sich ab dem Jahr 2014 der thematische Schwerpunkt in Richtung „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“.

„Kampf um die Straße“

Die NPD propagiert in diesem Kontext bereits seit August 2017 die Errichtung sogenannter „Schutzzonen“ für Deutsche und führte die Kampagne seither fort. Auf einer eigenen Internetseite zu der Kampagne finden sich u. a. konkrete Hinweise, wie „Schutzzonen“ (z. B. Bürgerwehren, Rückzugsräume, Schulwegwachen) praktisch umzusetzen seien und welche juristischen Aspekte dabei Berücksichtigung finden müssten. Ausgehend von der Behauptung, es bestehe eine „Notwehrsituation“ in Deutschland, fordert die NPD ihre Mitglieder und Anhänger auf, selbst aktiv zu werden.



Mit der Kampagne diffamiert die NPD in rechtsextremistischer Weise Flüchtlinge und Migranten pauschal als Gewalttäter und nicht zuletzt als „Bedrohung für das deutsche Volk“. Gleichzeitig stellt ein solches Agieren das staatliche Gewaltmonopol in Frage. Darüber hinaus weist die Kampagne im Hinblick auf die verwendete Rhetorik und Terminologie teilweise Parallelen zum rechtsextremistischen Konzept der „Nationalbefreiten Zonen“ auf. Dieses Konzept zielt darauf ab, öffentliche „Freiräume“ zu schaffen, die dem Zugriff des demokratischen Rechtsstaates entzogen sind und in denen Rechtsextremisten originär staatliche Ordnungs- und Schutzfunktionen für sich beanspruchen können.

Begleitend zum Wahlkampf für die Europawahl und die Kommunalwahlen führte die NPD zwei Demonstrationen am Tag der Arbeit am 01.05.2019 durch. An der Kundgebung in Dresden (Sachsen) unter

dem Motto „sozial geht nur national“ beteiligten sich 175 Personen, an der Demonstration in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) unter dem Motto „Arbeit – Zukunft – Heimat“ rund 250 Rechtsextremisten.

„Kampf um die Parlamente“

Mit Blick auf den „Kampf um die Parlamente“ setzte sich die Abwärtsspirale der letzten Jahre seit dem Verlust der Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern fort.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 26.05.2019 erzielte die NPD mit 101.323 Stimmen nur noch 0,3 Prozent der Wählerstimmen; sie büßte ihr im Jahr 2014 errungenes Mandat ein und verlor zudem den Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung. Im Wahlkampf konnte die Partei mit dem Slogan „Migration Tötet“ für eine kurzzeitige öffentliche Aufmerksamkeit sorgen, von der die NPD aber nicht profitieren konnte. Die Abschlusskundgebung der Bundespartei bildete der sogenannte „Eichsfeldtag“ am 18.05.2019 in Leinefelde (Thüringen) mit rund 130 Teilnehmenden.

Die besten Ergebnisse erzielte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern (1,1 Prozent), Thüringen (1,0 Prozent), Sachsen (0,8 Prozent) und Brandenburg (0,7 Prozent). In Niedersachsen kam die NPD auf 6.616 Stimmen (0,2 Prozent). Ihr bestes Wahlergebnis erreichte sie hier im Landkreis Helmstedt (0,5 Prozent). Bei den gleichzeitig in zehn Bundesländern durchgeführten Kommunalwahlen musste die NPD herbe Verluste hinnehmen. Die Zahl der kommunalen Mandate sank auf 141. In Niedersachsen hält die Partei zwölf Sitze.

In Sachsen kam die Partei bei den Landtagswahlen am 01.09.2019 auf lediglich 13.239 Zweitstimmen (0,6 Prozent) und verpasste somit den Anspruch auf die staatliche Teilfinanzierung. Gegenüber den letzten Landtagswahlen 2014 verlor die Partei dabei rund 84 Prozent ihrer Wähler. Das schlechte Abschneiden führte der sächsische Spitzenkandidat und Mitglied im Bundesvorstand, Peter Schreiber, auf die Polarisierung zwischen CDU und AfD zurück, die der NPD keinen Spielraum überlassen habe. Angesichts der organisatorischen Schwäche und den geringen finanziellen Möglichkeiten der Partei verzichtete die NPD auf einen Antritt bei den Landtagswahlen am 01.09.2019 in Brandenburg. Bei den Landtagswahlen in Thüringen am 27.10.2019 erreichte die NPD nach dem offiziellen Endergebnis 6.044 Stimmen (0,5 Prozent).

„Kampf um die Köpfe“

Auf Grundlage des Positionspapiers „Wille – Gemeinschaft – Tat“ und der anhaltenden Schwäche als Wahlpartei versucht die NPD seit der Bundestagswahl 2017, sich als Weltanschauungspartei auszurichten. So hatte der stellvertretende Bundesvorsitzende Thorsten Heise bereits im Januar 2018 innerhalb der Partei den sogenannten „völkischen Flügel“ ausgerufen, dem auch einige niedersächsische Funktionäre angehören. In diesen Zusammenhang sind auch die von Heise ausgerichteten „Schild & Schwert-Festivals“ einzuordnen. Heise verfolgt mit dem Veranstaltungskonzept aus Kampfsport, Politik, Musik und rechtsextremistischer Lebensart das Ziel, die rechtsextremistische Szene unter einem Dach in einem parteiübergreifenden nationalistisch und völkisch orientierten Bündnis zu vereinen. Nach zwei Veranstaltungen im Jahr 2018 fand am 21. und 22.06.2019 eine dritte Veranstaltung in Ostritz (Sachsen) unter dem Motto „Sonnenwende Sommerfest – für die Selbstbestimmung aller freien Völker der Erde“ statt,

allerdings mit rückläufigen Teilnehmerzahlen. Hatten im Vorjahr noch 1.300 Personen am ersten Tag bzw. 800 Personen am zweiten Tag teilgenommen, so kamen diesmal nur 700 Rechtsextremisten zusammen, was für den Initiator auch geringere Einnahmen bedeutete.



Im Vorfeld des Bundesparteitages veröffentlichte die Parteizeitung Deutsche Stimme in ihrer Novemberausgabe einen Beitrag des Bundesvorsitzenden Frank Franz, in dem er sich für eine Namensumbenennung und eine strategische Neuausrichtung aussprach. Zur Begründung führte er an, dass der Parteiname der NPD verbrannt und die Partei hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse und ihrer politischen Bedeutung an einem Tiefpunkt angelangt sei. Auf dem 37. Bundesparteitag im sächsischen Riesa am 30.11.2019 und 01.12.2019 ging es somit bei den Debatten hauptsächlich um die Zukunft der Partei. Auf ihrer Internetseite berichtete die NPD, dass ein Entschließungsantrag des Parteivorstandes trotz einer zum Teil kontrovers geführten Diskussion über die weitere Strategie der Partei ange-

nommen wurde. Von den anwesenden 122 Delegierten hätten 80 dafür gestimmt. Das sogenannte Zukunftskonzept beinhaltet ggf. die Umbenennung der Partei, auch wenn das „politische und weltanschauliche Fundament der NPD“ nicht zur Disposition stehe. Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Vorsitzende Franz mit 84 Ja-Stimmen (74,33 Prozent) von 113 gültigen Stimmen wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Thorsten Heise (Thüringen), Udo Voigt (Berlin) und Ronny Zasowk (Brandenburg) bestimmt.

„Junge Nationalisten“ (JN)

Am 08. und 09.11.2019 fand zum 50-jährigen Bestehen der „Jungen Nationalisten“ (JN) der 43. Bundeskongress statt. Die JN verstehen sich als europaweit vernetzte, sozialrevolutionäre und nationalistische Jugendbewegung. In Deutschland haben die JN ihren regionalen Schwerpunkt in Baden-Württemberg. Durch politische Aktionen und ideologische Schulungen verfestigen die Mitglieder ihre rechtsextremistische Weltanschauung und bilden eine Scharnierfunktion zu den Freien Kameradschaften.



Aktivitäten der NPD in Niedersachsen

Der niedersächsische Landesverband der NPD unterhält nach wie vor elf Unterbezirke (UB), von denen die meisten lediglich auf dem Papier existieren. Zum Jahresende 2019 hatte die Partei nur noch 240 Mitglieder. Im Februar kaufte der Landesverband das Anwesen des NPD-Mitgliedes Joachim Nahtz in Eschede (Landkreis Celle) mit dem Ziel, darauf ein Gemeinschaftszentrum mit dem Namen „Nationales Niedersachsen“ aufzubauen. Auf dem Gelände führte der Landesverband im Berichtsjahr neben Brauchtumsfeiern (Sonnenwendfeiern und Erntedankfest) auch seinen 54. Landesparteitag durch. An den Veranstaltungen nahmen jeweils bis zu 70 Personen teil. Mit der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichtes 2017 war zuvor bekannt geworden, dass der Landesverband von einer Privatperson sowohl Grundflächen als auch Gebäude in Dannenberg im Wert von rund 650.000 Euro geerbt hatte. Anlässlich der Europawahlen am 26.05.2019 führte der Unterbezirk Braunschweig am 20.04.2019 eine Kundgebungstour durch, die unter dem Motto stand „Widerstand ist wählbar! Festung Europa – Schutzzone Deutschland“. An den Versammlungen in Göttingen, Hannover und Lüneburg nahmen jeweils höchstens 15 Personen teil. Auf einer zu Ehren eines ehemaligen SS-Soldaten durchgeführten Kundgebung in Hannover am 23.11.2019³⁸ versammelten sich rund 120 Rechtsextremisten. Die Demonstration richtete sich weiterhin gegen die freie Berichterstattung von Journalisten, die in der rechtsextremistischen Szene recherchiert hatten. Neben NPD-Mitgliedern nahmen auch Vertreter der Partei „Die Rechte“ und Angehörige der neonazistischen Szene teil.



38 Siehe auch Kapitel 2.5, Abschnitt „Heldengedenken“.

Aktivitäten der JN in Niedersachsen

Aufgrund der personellen und organisatorischen Schwäche schlossen sich im März 2018 die JN-Verbände Bremen, Hamburg und Niedersachsen zum „JN-Landesverband Nord“ zusammen. Vorsitzender wurde Sebastian Weigler aus Braunschweig. Schwerpunkt der JN in Niedersachsen sind die östlichen Landkreise, insbesondere der Bereich Braunschweig. Ihre Vertreter sind eng mit der niedersächsischen Neonaziszene vernetzt. An Vortrags- und Informationsveranstaltungen sowie an Kundgebungen und überregionalen Stammtischen der JN nehmen regelmäßig auch Neonazis teil. Die JN Braunschweig nahm an rechtsextremistischen Demonstrationen teil und veranstaltete selbst eine Vielzahl von Aktivitäten. Hierzu zählen u. a. Streifengänge im Rahmen der Schutzzonenkampagne sowie kleine Kundgebungen und das Verteilen von Propagandamaterialien aus aktuellen Anlässen. Der Landesverband organisiert Leistungsmärsche in der Lüneburger Heide und veranstaltete Mitte April einen Gemeinschaftstag Nord.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick.

Die NPD befindet sich in einer aussichtslosen Situation. Zwischen der rechtspopulistischen AfD und den weltanschaulich stärker akzentuierten Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ hat es die NPD zusehends schwerer, sich im politischen Wettbewerb zu behaupten. Der Abstieg der Partei begann mit dem Verlust ihrer Landtagsmandate in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen in den Jahren 2014 und 2016 und zieht sich hin bis zum Verlust fast der Hälfte ihrer kommunalen Mandate im Jahr 2019. Die damit einhergehenden finanziellen Verluste haben dazu geführt, dass die Partei nicht nur an personeller und organisatorischer Substanz verloren hat, sondern auch ihre Kampagnenfähigkeit deutlich zurückgegangen ist. Ebenso wenig konnten die strategische Neuausrichtung als Weltanschauungspartei und der Versuch, sich im Rahmen der Schutzzonenkampagne als „Macherpartei“ zu profilieren, den Bedeutungsverlust aufhalten. So scheint es bei der derzeitigen Konstellation aussichtslos für die NPD, den Niedergang dadurch aufhalten zu wollen, indem Ressourcen gebündelt werden und die kommunalpolitische Ebene verstärkt in den Fokus genommen wird, um dann später auf Landesebene erfolgreich zu sein.

Der niedersächsische Landesverband der NPD steht zwar finanziell gut da. Ein Aufwärtsschwung lässt sich jedoch nicht erkennen. Es ist davon auszugehen, dass das eigene Anwesen in Eschede weiterhin intensiv von der Partei selbst oder auch von anderen rechtsextremistischen Organisationen genutzt werden wird.

2.9 Die Rechte

Sitz/Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Dortmund (Nordrhein-Westfalen); Sitz des Landesverbandes: Amt Neuhaus (Landkreis Lüneburg)	
Gründung/ Bestehen seit	2012 (Bundesverband); 2013 (Landesverband)	
Struktur/ Repräsentanz	Bundesvorsitzende: Sascha Krolzig und Sven Skoda; Landesvorsitzender: Holger Niemann; elf Landesverbände im Bundesgebiet; zwei Kreisverbände in Niedersachsen (Verden, Braunschweig/Hildesheim seit 27.07.2019)	
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Bund: 550 ↘	Land: 30 →
Veröffentlichungen	Flugblätter (Verteil-Aktionen im Raum Harz); Web-Angebote: Die vorrangige Außendarstellung erfolgt für den Bundesverband über die eigene Internetseite und in den sozialen Netzwerken Twitter und Telegram; der Landesverband Niedersachsen hat seine Internetseite im Laufe des Jahres abgeschaltet und verweist nunmehr auf die Internetseite des Bundesverbandes.	
Kurzportrait/Ziele	Die Partei „Die Rechte“ wurde im Mai 2012 in Hamburg von Mitgliedern der ehemaligen „Deutschen Volkunion“ (DVU) und dem langjährigen Neonazi Christian Worch gegründet. Den Posten des Bundesvorsitzenden übernahm Worch selbst. Als stellvertretende Vorsitzende wurde die ehemalige Landesvorsitzende der DVU Schleswig-Holstein, Ingeborg Lobocki, gewählt. Im September 2012 folgte die Gründung des mitgliederstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durch ehemalige Mitglieder der im August 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften Aachen, Dortmund und Hamm. Die ehemaligen	

Kameradschaftsführer übernahmen im Landesvorstand und in den Kreisverbänden die Führungsfunktionen und setzen seitdem unter dem Schutz des Parteienprivilegs ihre bisherigen Aktivitäten fort. Zudem traten der Partei vereinzelt NPD-Mitglieder bei. Auch in Niedersachsen kommen der Großteil der Führungsebene und ein relevanter Teil der Mitglieder aus der neonazistischen Szene. Die Nutzung des Parteienprivilegs, vor allem die Anmeldung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten zur Verbreitung neonazistischer Propaganda, erfolgt in Niedersachsen uneinheitlich. Neben dem Landesverband tritt nur noch der in 2019 neu gegründete Kreisverband Braunschweig/Hildesheim öffentlich in Erscheinung und fällt mit Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen auf. Den Schwerpunkt dieser Aktivitäten bildet die fremdenfeindliche Agitation gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die vermeintliche Islamisierung Deutschlands sowie die angeblich politisch gewollte Volksvermischung. Hinzu kommt die Kritik an vermeintlich staatlicher Repression zum Nachteil der Partei und ihrer Anhänger. Vom Kreisverband Verden gingen im Jahr 2019 keine Aktivitäten aus.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Einnahmen aus Veranstaltungen

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Der Einfluss führender Neonazis im Bundesvorstand sowie im Landesverband Nordrhein-Westfalen, von dem die Partei „Die Rechte“ dominiert wird, veränderte den Charakter der Partei, die bei ihrer Gründung das nach eigenem Bekunden „sprachlich wie inhaltlich modernisierte und ergänzte“ frühere Programm der ehemaligen DVU zur Grundlage genommen hatte.³⁹ „Die Rechte“ steht seitdem hinsichtlich ihrer Ideologie, ihrer Aktivitäten und der führenden Personen in der Kontinuität der verbotenen neonazistischen Kameradschaften. Ihre Agitation ist von Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus bestimmt.



³⁹ Bei der Gründung der Partei hatte der Bundesvorsitzende Worch „Die Rechte“ als „weniger radikal als die NPD“, aber „radikaler als die REPs und die PRO-Bewegung“ beschrieben (Internetseite von Christian Worch).

Im Parteiprogramm fordert „Die Rechte“ zur „Wahrung der Deutschen Identität“ auf. Demnach gelte es, „übermäßige fremde Einflüsse“ wie „die Amerikanisierung“ zurückzudrängen und einen europäischen Verbund zu schaffen, „in dem jedes Volk nach seiner eigenen, natürlich gewachsenen Ordnung leben kann“. Die Partei folgert, dass „alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands“ sinnlos würden, „wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer ‚Europäischen Union‘ aufzulösen.“ Hiermit richtet sich „Die Rechte“ insbesondere gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG) sowie gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Im Wahlprogramm „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“, mit dem „Die Rechte“ symbolisch an das 25 Punkte-Programm der NSDAP anknüpft, bekennt sie sich unter Punkt 19 eindeutig zur Volksgemeinschaft:

„Eine Gesellschaft, welche die Schwächsten alleine lässt, ist zum Scheitern verurteilt – jeder Volksgenosse, der unverschuldet in Not gerät, muss sich auf Hilfe verlassen können. Die Rechte will eine starke Volksgemeinschaft, in der keiner allein gelassen wird.“

Im Kapitel „Kriminalität und Überfremdung“ werden Migranten pauschal als kriminell bezeichnet, um sie auf diese Weise aus der Gesellschaft ausgrenzen zu können. In der Flüchtlingsdebatte wird ein „sofortiger Einwanderungsstopp“ von „Asyltouristen“ und „Sozialschmarotzern aus EU-Staaten“ gefordert.

Exemplarisch für die Glorifizierung des Nationalsozialismus und die Relativierung der NS-Verbrechen ist eine Mahnwache unter dem Motto „Vergesst niemals Dresden 1945“ samt der hierbei mitgeführten Transparente mit der Aufschrift „1. Mai – seit '33 arbeitsfrei“ und der Bezeichnung der Waffen-SS als „erste europäische Befreiungsarmee“.

Mit ihrem Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, das die Mitglieder auf dem 8. Bundesparteitag am 28.10.2017 beschlossen haben, wird der neonazistische Charakter der Partei unterstrichen. Hieran zeigt

sich auch, dass die Partei an ideologische Elemente des historischen Nationalsozialismus anknüpft und sich damit unverhohlen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung stellt. Darüber hinaus hat der Bundesvorstand in seiner Veröffentlichung vom 31.12.2018 das Ziel unterstrichen, die Voraussetzungen, die für eine nachhaltige Revolution im Sinne einer Revolution des Geistes notwendig sind, zu verbessern.

Am 19.03.2019 hat der Bundesverband der Partei „Die Rechte“ auf seiner Internetpräsenz das 25-Punkte umfassende Wahlprogramm zur Europawahl veröffentlicht, das nach eigenen Angaben in enger Abstimmung mit den Mitgliedern erarbeitet worden sein soll. Ein gesonderter Parteitag zur Verabschiedung des Wahlprogramms hat offensichtlich nicht stattgefunden. Folgende Forderungen bzw. Positionen wurden aufgestellt:

- Neben der übergeordneten Kernforderung, den Volksverhetzungsparagrafen abzuschaffen, verlangt die Partei im Themenfeld der Europa- und Außenpolitik eine Volksabstimmung mit dem Ziel, die Europäische Union zu verlassen (DEXIT jetzt!). Hierbei werden auch altbekannte und klassische Vorurteile gegenüber der EU und ihren Institutionen geäußert (Deutschland als „Zahlmeister“). Weiterhin wird ein Austritt aus der NATO gefordert und stattdessen ein Bündnis mit Russland als wichtigem strategischem Partner angestrebt („Völkerfreundschaft mit Russland“).
- Der Erhalt und Schutz des deutschen Heimatlandes spielt ebenfalls eine zentrale Rolle. Daher fordert die Partei die Schaffung einer neuen Armee (Bildung eines Volksheeres) und die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Der europäische Kontinent wird in diesem Zusammenhang auch als „Bollwerk der weißen Rasse“ beschrieben.
- Das Ziel, die Wiederherstellung Großdeutschlands in seinen angestammten Grenzen, dürfe nicht aufgegeben werden. Daher seien ehemalige deutsche Gebiete auf diplomatischem Wege wieder „heim ins Reich“ zu holen.
- In der Innenpolitik versteht sich „Die Rechte“ vor allem als die „Abschiebepartei Nr. 1“, die die Grenzen schließen und somit die



Festung Europa verteidigen will, um die angeblich schleichende Islamisierung Europas zu stoppen. Meterhohe Minarette und Großmoscheen sollen in Europa nicht entstehen dürfen.

- Weiterhin fordert die Partei eine Volksabstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe bei Mord, extremen Fällen von Vergewaltigung, Drogenhandel sowie Hoch- und Landesverrat. Mit der Einführung von Volksgerichten sollen vor allem „Volksverräter“ auf die Anklagebank gebracht werden. Auch das Verbreiten von sogenannten Fake News („Lügenpresse“) soll unter Strafe gestellt werden.
- Im Bereich der Wirtschaftspolitik fordert die Partei u. a. die Verstaatlichung von Großkonzernen und die Kontrolle über Schlüsselindustrien. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU sei abzuschaffen, um Lohndumping effektiv zu bekämpfen. Darüber hinaus sei Zeit- und Leiharbeit zu verbieten.
- Bildungs- und gesellschaftspolitisch setzt die Partei auf den traditionellen Familienbegriff und fordert u. a. ein Ende der „Gender-Ideologie“ und der „Frühsexualisierung“ von Kindern. Traditionelle Volks- und Familiengemeinschaften seien dagegen zu befürworten und mit der Zahlung von Betreuungsgeld zu fördern.
- Entsprechend ihres Namenszusatzes „Partei für Volksabstimmung, Souveränität und Heimatschutz“ fordert die Partei „Die Rechte“ Volksentscheide auf allen politischen Ebenen und damit die Stärkung von direktdemokratischen Entscheidungen.
- Abschließend fordert sie die Einführung eines deutschen Nationalfeiertags, der jährlich am 20. April stattfinden soll. Als Begründung beruft sich die Partei auf die Befreiung der Stadt Augsburg im Jahr 1919.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die meisten öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Partei „Die Rechte“ gingen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und dessen Kreisverbänden aus. Darüber hinaus sind von den Landesverbänden Baden-Württemberg und Bremen vermehrt parteipolitische Aktivitäten festzustellen. In Nordrhein-Westfalen übernahm die Partei „Die Rechte“ unter dem Schutz des Parteienprivilegs die zuvor von den verbotenen Kameradschaften veranstalteten Aktionen.

Mit der Inhaftierung von Ursula Haverbeck-Wetzel am 07.05.2018 in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) wegen wiederholt begangener Holocaustleugnungen hat sich für die Partei „Die Rechte“ ein neues Themenfeld geöffnet. Seitdem gab es bei zahlreichen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene immer wieder öffentliche Solidaritätsbekundungen. Als Beispiel kann hier die Kundgebung am Jahrestag ihrer Inhaftierung am 07.05.2019 in Bielefeld angeführt werden, an der sich etwa 40 Aktivisten beteiligt haben. In der rechtsextremistischen Szene wird die Inhaftierung von Haverbeck-Wetzel als Gesinnungshaft verstanden.

An den traditionellen Demonstrationen zum 1. Mai beteiligte sich auch die Partei „Die Rechte“ mit einer Kundgebung in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) mit etwa 300 Teilnehmern aus der rechtsextremistischen Szene, darunter der niedersächsische Landesvorsitzende Holger Niemann sowie der bekannte Neonazi und freie Aktivist Dieter Riefeling aus dem Landkreis Hildesheim, der für die Bundespartei bei der Europawahl am 26.05.2019 auf Listenplatz 4 kandidierte.

Im Zusammenhang mit dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke demonstrierte die Partei „Die Rechte“ unter dem Motto „Gegen Pressehetze und Repression“ am 20.07.2019 in Kassel (Hessen). Es beteiligten sich etwa 120 Personen aus den Reihen der Partei, immerhin 20 Prozent der Mitglieder bundesweit. Weitere Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum wurden nur vereinzelt festgestellt. Als Anmelder und Versammlungsleiter trat der bekannte Neonazi Christian Worch (Mecklenburg-Vorpommern) auf, der die Veranstaltung gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden der Partei, Sascha Krolzig (Nordrhein-Westfalen), eröffnete. Im Verlauf der Versammlung folgten weitere Redebeiträge von Dieter Riefeling und dem Co-Bundesvorsitzender der Partei, Sven Skoda (Nordrhein-Westfalen).

Im Kern ihrer Beiträge kritisierten die Redner eine angeblich einseitige Instrumentalisierung der Mordtat an Dr. Walter Lübcke durch Politik und Medien, die allein dafür genutzt werde, um Verbote von rechtsgerichteten Organisationen durchzusetzen und repressive

Maßnahmen gegen das „nationale Lager“ zu rechtfertigen. Aus diesem Grund müsse man ein Zeichen setzen und eine Gegenoffensive starten.

Bundesparteitag wählt erneut Doppelspitze – Niedersachsen im Bundesvorstand weiterhin nicht vertreten

Für die Partei „Die Rechte“ startete das Jahr am 05.01.2019 mit dem 10. Bundesparteitag in Dortmund, u. a. mit der Wahl eines neuen Parteivorstandes. Die Delegierten haben das Modell der Doppelspitze, das am 01.04.2018 erstmalig installiert wurde, als etabliert beurteilt und erneut eine Doppelspitze gewählt. An einer Position gab es einen Wechsel. Der bisherige Vorsitzende, Michael Brück, verzichtete auf eine erneute Kandidatur für diesen Posten und fungiert nunmehr als stellvertretender Vorsitzender sowie als Bundesgeschäftsführer. Wie im Jahr zuvor gab es keine Kandidatur aus Niedersachsen.

Die Doppelspitze bilden künftig die bekannten Rechtsextremisten Sascha Krolzig und Sven Skoda. Krolzig war bis zu seinem Parteieintritt führendes Mitglied der im Jahr 2012 verbotenen „Kameradschaft Hamm“ (Nordrhein-Westfalen) und ist seit dem Jahr 2017 Herausgeber der neonazistischen Szenezeitschrift „N.S. Heute“. Skoda gehörte der im Jahr 1995 verbotenen Partei „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) an und betrachtet sich seitdem als „freier Nationalist“. Ab März 2012 saß er wegen des Vorwurfs der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung für 22 Monate in Untersuchungshaft. Im Prozess gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“ wurde er vom Landgericht Koblenz (Rheinland-Pfalz) im August 2012 angeklagt.

Bemerkenswert ist die Rückkehr des Parteigründers Christian Worch in den Bundesvorstand, der nach seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden auf dem Bundesparteitag im Oktober 2017 infolge parteiinterner Querelen überraschend zurückgetreten war. Er gehört dem aktuellen Bundesvorstand als Beisitzer an und übernimmt die Aufgabe des Bundesschatzmeisters.

Neben der Neuwahl des Bundesvorstandes verabschiedete die Partei eine Resolution. Sie fordert die sofortige Freilassung der inhaftierten Ursula Haverbeck-Wetzel. Die mehrfach verurteilte Holocaust-Leugnerin aus Vlotho (Nordrhein-Westfalen) wurde von der Partei „Die Rechte“ als Spitzenkandidatin zur Europawahl am 26.05.2019 aufgestellt.

Aktivitäten der niedersächsischen Parteigliederungen

In Niedersachsen gingen Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ überwiegend vom Landesverband aus, ab Ende Juli auch vom neu gegründeten Kreisverband Braunschweig/Hildesheim.



Auf einem Sonderparteitag des niedersächsischen Landesverbandes am 02.03.2019 in Bremerhaven wurde die Kampagne zum anstehenden Europa-Wahlkampf präsentiert. Darüber hinaus hielt der niedersächsische Kandidat Dieter Riefling eine Rede. Er wurde ohne Mitglied der Partei „Die Rechte“ zu sein auf Listenplatz 4 aufgestellt. Neben der Forderung, den Volksverhetzungsparagrafen abzuschaffen, warnte er vor der angeblichen Islamisierung Deutschlands und Europas. In diesem Zusammenhang beklagte er die derzeitige vermeintliche antideutsche Politik. Die AfD bezeichnete er als Teil des Systems, die nur an den Symptomen „herumdoktere“. Nach Abschluss des Parteitages folgte ein „geselliger Ausklang“ mit musikalischer Begleitung.

Im Rahmen des Europa-Wahlkampfes gab es ab Mitte März diverse Verteilaktionen, vornehmlich im Raum Salzgitter, aber auch vereinzelt im Bereich der Städte Aurich, Leer und Emden. In Braunschweig wurde der Wahlkampf sogar durch Angehörige der rechtsextremistischen Gruppierung „Adrenalin Braunschweig“ unterstützt.

Am 18.03.2019 fand in Göttingen eine Versammlung unter dem Motto „Gegen antideutsche Hetze“ statt, bei der u. a. Dieter Riefling und auch der Anmelder der Veranstaltung, Jens Wilke, als Redner auftraten. In kurzem Abstand folgten dann am 27.04.2019 in Salzgitter und am 18.05.2019 in Hildesheim zwei Kundgebungen

unter dem Motto „Die Rechte nach Europa“, bei denen jeweils neben Wilke auch der Landesvorsitzende Holger Niemann als Redner auftrat. An beiden Versammlungen beteiligten sich etwa 15 Rechtsextremisten.

Bei der Europawahl erhielt die Partei „Die Rechte“ bundesweit 24.627 Stimmen (0,1 Prozent), davon 2.029 Stimmen (0,0 Prozent) in Niedersachsen, und blieb damit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle.

Im Zusammenhang mit dem Mordanschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke rief die Partei „Die Rechte“ unter dem Motto „Gegen Pressehetze und Repression“ zu einer Demonstration am 20.07.2019 in Kassel auf. Eine weitere Kundgebung unter demselben Motto fand am 27.07.2019 auf dem Bahnhofsplatz in Hildesheim statt. An dieser beteiligten sich nur etwa 25 Personen, wobei auch ein Teil des Bundesvorstandes aus Dortmund angereist war. Darüber hinaus waren Angehörige der rechtsextremistischen Szene aus Goslar und Einbeck anwesend. Es gab Redebeiträge von Johannes Welge (Hildesheim), Michael Brück (Dortmund) und Lasse Richei (Braunschweig), ein führendes Mitglied der sich kurz zuvor

selbst aufgelösten Gruppierung „Adrenalin Braunschweig“. Die Reden waren jedoch aufgrund von Störungen durch ein Megaphon und lautstarker Proteste der rund 200 Gegendemonstranten kaum wahrnehmbar.

KUNDGEBUNG IN HILDESHEIM!
27. JULI 2019 - 13 UHR - BAHNHOF
GEGEN PRESSEHETZE UND REPRESSION!
KV BRAUNSCHWEIG / HILDESHEIM **DIE RECHTE**



Im Anschluss an diese Kundgebung wurde der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim unter Beteiligung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Bundesgeschäftsführers Michael Brück in der Gemeinde Sibbesse (Landkreis Hildesheim) neu gegründet. Der Kreisverband wird von Johannes Welge angeführt, der einstimmig gewählt wurde. Vor seinem Wechsel zum mittlerweile nicht mehr bestehenden Kreisverband Braunschweiger Land war Welge in der Zeit von November 2014 bis November 2015 Vorsitzender des damaligen Kreisverbandes des Hildesheim, der in dieser Form ebenfalls nicht mehr existiert.

Auf dem Landesparteitag im Raum Osnabrück am 19.10.2019 stand die turnusmäßige Neuwahl des Vorstands an. Als Vorsitzender wurde Holger Niemann bestätigt; als Stellvertreter wurden Welge und Andreas Haack (Stade) bestimmt. Der Vorstand wird durch Roland Pagel als Beisitzer komplettiert.

Vom Kreisverband Verden sind im Berichtszeitraum keine Aktivitäten bekannt geworden.

Enge Vernetzung mit Neonazis und subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Eine enge Vernetzung von Mitgliedern der Partei „Die Rechte“ besteht mit Angehörigen der Neonaziszene und subkulturell geprägten Rechtsextremisten. Deutlich wird dies etwa durch die Beteiligung an Musikveranstaltungen oder politischen Aktivitäten. Beispiele sind die Teilnahme an einer Demonstration der Neonaziszene in Einbeck am 14.09.2019 bzw. die Unterstützung einer Mahnwache der „Kameradschaft Einbeck“ am 03.10.2019. An den diesjährigen Trauermärschen in Magdeburg am 19.01.2019 und in Dessau-Roßlau am 16.03.2019 (beide Sachsen-Anhalt) beteiligten sich auch Mitglieder aus dem niedersächsischen Landesverband der Partei „Die Rechte“.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Landesverband Niedersachsen der Partei „Die Rechte“ setzt sich überwiegend aus Angehörigen der neonazistischen Szene zusammen, die unter gezielter (Aus-)Nutzung des Parteienstatus ihre bisher außerparteilich durchgeführten Aktivitäten fortführen, ohne ein Vereinsverbot fürchten zu müssen.

Die Partei „Die Rechte“ vermochte lediglich im Bereich des Kreisverbandes Braunschweig/Hildesheim öffentlichkeitswirksame Aktivitäten durchzuführen. Die Mitgliederzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr stagnierend. Der Partei „Die Rechte“ ist es in Niedersachsen bislang nicht gelungen, sich als relevanter politischer Akteur und mögliche Wahlalternative zu etablieren.

Bundesweit betrachtet hat sich die Partei mit der erneuten Wahl einer Doppelspitze stabilisiert und das politische Machtzentrum in Dortmund weiter gefestigt. Die in Aussicht gestellte Neuaufstellung der Partei kann nur bedingt als gelungen bezeichnet werden. Organisatorische und inhaltliche Änderungen des Bundesverbandes haben über Dortmund hinaus kaum nennenswerte Wirkungen auf Niedersachsen entfaltet. Einzig zu erwähnen ist die vom Landesverband Niedersachsen selbst vorgenommene Abschaltung der eigenen Homepage im Laufe des Jahres. Die niedersächsischen Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ werden nunmehr über die Internetpräsenz des Bundesverbandes abgebildet.

Das bereits für Frühjahr 2018 angekündigte neue Parteiprogramm wurde auch in 2019 nicht vorgelegt, so dass die inhaltliche Neuausrichtung der Partei „Die Rechte“ immer noch aussteht. Allerdings hat die Partei mit ihrer Entscheidung, sich an der Europawahl am 26.05.2019 zu beteiligen und der Beibringung der erforderlichen 4.000 Unterstützerunterschriften ihre Absicht bekräftigt, am politischen und gesellschaftlichen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Auch mit der Vorlage eines Wahlprogramms erbringt die Partei formal den Nachweis der Parteieigenschaft.

Bezüglich des Wahlprogramms lässt sich schon anhand des Titels „25-Punkte-Programm“ ein historischer Bezug zum Parteiprogramm der NSDAP herstellen, das am 24.02.1920 im Münchner Hofbräuhaus verkündet wurde. Auch die aufgeführten Inhalte nehmen in ihrer ideologischen Ausrichtung Bezug auf den historischen Nationalsozialismus. Dabei treten die Ideologieelemente des Nationalismus, des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit besonders und vor allem offen sichtbar zu Tage. Das Streben nach einem Großdeutschland, der Kampf der weißen Rasse und die Einführung der Todes-

strafe in Verbindung mit der Einrichtung von Volksgerichten sind eindrucksvoller Beweis für die rechtsextremistische Weltanschauung dieser Partei. Mit diesem eindeutig rechtsextremistisch ausgerichteten Wahlprogramm ist es im Ergebnis nicht gelungen, potenzielle Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Die erzielten Ergebnisse bei der Europawahl spielen für die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland keine Rolle.

Nach dem schlechten Abschneiden der Partei bei der Europawahl war der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke ein geeigneter Anlass, um mit einer öffentlichen Kundgebung für Aufsehen zu sorgen und somit ein „Lebenszeichen“ zu setzen. Mit Kassel als Versammlungsort sollte die Öffentlichkeit maximal polarisiert und provoziert werden. Die hohe Zahl der Gegendemonstranten zeigt, dass diese Strategie aufgegangen ist und eine große Aufmerksamkeit erzielt wurde. Die beabsichtigte breite und organisationsübergreifende Mobilisierung der Szene ist jedoch nur bedingt gelungen. Es haben überwiegend Personen aus den Reihen der Partei „Die Rechte“ teilgenommen. Eine Unterstützung der Szene außerhalb der Partei hat kaum stattgefunden. Insofern ist die durchschaubare Strategie, den Mord für politische Zwecke zu instrumentalisieren, nicht aufgegangen.

Bezüglich der Kundgebung in Hildesheim bestand der Fokus darüber hinaus auf einer Wiederbelebung einst vorhandener Strukturen, denn der Kreisverband Hildesheim existierte schon einmal. Mit der erneuten Gründung unter der Führung des einstigen Vorsitzenden Johannes Welge scheint dieser wieder in die Öffentlichkeit zu drängen. Dabei sind seine genauen Motive und Absichten noch nicht bekannt. Die Erweiterung auf den Raum Braunschweig ist jedenfalls ein Hinweis auf persönliche Bezüge zu einzelnen Akteuren.

Es bleibt abzuwarten, inwiefern diese Neugründung mit politischem Leben gefüllt wird und ob dadurch weitere Aktivitäten folgen. Bislang wird der Raum Braunschweig stark durch die „Jungen Nationalisten“ der NPD beansprucht. Mit Blick auf künftige Wahlen besteht hier eine natürliche Konkurrenz um eine sehr ähnliche Wählerklientel.

2.10 Verein Gedächtnisstätte e. V.

Sitz/Verbreitung	Guthmannshausen (Thüringen) Kultur- und Tagungsstätte: Guthmannshausen (Thüringen)
Gründung/ Bestehen seit	1992
Struktur/ Repräsentanz	1. Vereinsvorsitzender: Wolfram Schiedewitz 2. Vorsitzender: Roland Wuttke
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Bund: 50 → Land: 15 →
Veröffentlichungen	Publikation: Kulturangebot (Veranstaltungsprogramm); Broschüre „Gedächtnisstätte“ zum 25-jährigen Jubiläum; Internetseite
Kurzportrait/Ziele	Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ wurde 1992 in Vlotho (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Erste Vorsitzende war die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. Seit 2003 leitet Wolfram Schiedewitz aus Niedersachsen den Verein. Mit der Einweihung der „Gedächtnisstätte für die 12.000.000 deutsche(n) Opfer durch Bomben des Weltkrieges II, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern“ im Jahr 2014 wurde das Vereinsziel erreicht. Unter dem Leitspruch: „Zukunft braucht Herkunft“ betreibt der Verein eine revisionistische, antisemitische und fremdenfeindliche Geschichtsbetrachtung und -verbreitung. Bereits seit 2011 nutzt der Verein für seine Veranstaltungen das Kultur- und Tagungszentrum Guthmannshausen (Thüringen). Regelmäßig finden dort Vortragsveranstaltungen zu kulturellen und aktuellen Themen mit Zeitzeugen und Historikern statt, darunter auch bekennende Revisionisten und Holocaustleugner sowie Vertreter rechtsextremistischer und anderer im rechtsextremistischen Spektrum agierender Organisationen und Medien. In geschichtsrevisionistischer Manier werden deutsche Kriegsverbrechen relativiert und die Kriegsschuld des NS-Regimes geleugnet. In 2019 erfolgte eine Löschung im Vereinsregister Bad Oeynhausens/NW (VR 668) und ein Neueintrag im Vereinsregister Sömmerda/TH (VR 150881).

Im August 2014 wurde auf dem Gelände des ehemaligen Rittergutes in Guthmannshausen eine Gedächtnisstätte eingeweiht. Anwesend waren etwa 200 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, darunter Haverbeck-Wetzel und der ehemalige Deutschlandleiter der „Europäischen Aktion“ (EA)⁴⁰, Dr. Rigolf Hennig. In seiner Rede kritisierte der Vorsitzende Schiedewitz eine angebliche Einseitigkeit deutscher Geschichtsbetrachtung.

Im August 2017, anlässlich der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum, sprach der Vereinsvorsitzende in der Jubiläumsbroschüre nachträglich eine offene Drohung aus: „Wer einzelne Besucher unserer Einweihungsfeier in die Nähe der Radikalität stellt, wird für seine unbegründete Boshaftigkeit eines Tages zur Verantwortung gezogen werden.“⁴¹ In der gleichen Broschüre bedankte sich die Holocaustleugnerin Haverbeck-Wetzel ausdrücklich beim „Verein Gedächtnisstätte“, der „sich nie von (ihr) distanziert hat, was heute ungewöhnlich und sehr dankenswert ist.“⁴² Der Verein präsentiert sich im Internet mit einem „Kulturangebot“, stellt dort seine Veranstaltungen und Ziele vor, und bittet um Spenden.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge (Fördermitgliedschaft), Spenden, Nachlässe in geldwerter Form, Patenschaften für Gedenksteine

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die rechtsextremistische Ausrichtung des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ lässt sich aus der Beteiligung von Rechtsextremisten und der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten schließen. Durch die Relativierung der Opfer des NS-Regimes versucht der Verein, eine Revision der Geschichte zu betreiben. Die anlässlich des 25-jährigen Vereinsjubiläums im Jahr 2017 herausgegebene Broschüre weist eine Vielzahl von revisionistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf, die eine rechtsextremistische Ideologie belegen. Darüber hinaus bietet der Verein Rechtsextremisten eine Plattform für ihre Positionen.



⁴⁰ Internetseite der EA vom 26.09.2017: „Mitteilung in eigener Sache“.

⁴¹ Jubiläumsbroschüre vom 05.08.2017, Seite 54.

⁴² Jubiläumsbroschüre vom 05.08.2017, Seite 16.

Die Flüchtlingsthematik ist als wichtiges und verbindendes Element im gesamten Rechtsextremismus zu sehen. In den Vorträgen und Veröffentlichungen des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ wird die Migration und Integration von Flüchtlingen aufgegriffen und als „Umvolkung“ oder „Völkermord“, aber auch als „Invasion von Fremden“ bezeichnet. Die Art und Weise, wie gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung agiert wird, steht dabei im Widerspruch zur deutschen Rechts- und Werteordnung und zum Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 2 GG. Hiermit richtet sich der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Mit der „Vermittlung identitätsstiftender Wertvorstellungen“⁴³ arbeitet der Verein daran, „ein anderes Staatswesen“ und damit einen Systemwechsel zu erzeugen. Die Absicht des Beseitigens bzw. des Ersetzens der Verfassungsordnung oder des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Damit ist der Verein verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 4 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ organisierte im Jahr 2019 monatliche Vortragsveranstaltungen und das jährliche Sommerfest. In Zeitzeugenvorträgen sollte eine „Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart“ gebaut werden, um unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges das rechtsextremistische Gedankengut des Vereins zu verbreiten. Nach eigener Aussage will man auf diese Weise „eine Brücke in eine Vergangenheit schlagen, die überschauend und unmittelbar mit unserer Gegenwart und unserer Zukunft zu tun hat.“⁴⁴

Unter dem bekannten Logo „Zukunft braucht Herkunft“ wurde erstmals ein „Kulturangebot des Vereins im Jahr 2019“⁴⁵ veröffentlicht, ein Programm der im gesamten Jahr angebotenen Veranstaltungen.

43 YouTube, Birgits Welt, „Gedenkstätte Guthmannshausen Sommerfest 2018“, veröffentlicht am 14.08.2018.

44 Homepage des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“, „Ein weiterer bewegender Zeitzeugenbericht – Drama Kriegsende“, 12.10.2019.

45 Kulturangebot des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ im Jahr 2019.

Darunter waren zwei sogenannte „Drei-Generationen-Wochenenden“, die sich mit Sachvorträgen, Musik und Volkstanz insbesondere an Kinder und Jugendliche richteten. Der Verein will damit eine „Brückenfunktion zwischen den Generationen erfüllen und fördert daher die Begegnung und das Hörensagen zwischen Jung und Alt“.⁴⁶ In diesem Sinne bittet der Verein um aktives Mitwirken seiner Mitglieder:

„Wir alle sind es im Sinne einer heilenden Integration vergangener Ereignisse sowohl den Opfern als auch unseren Kindern und nicht zuletzt uns selbst schuldig, den allgemein verordneten Mantel des Schweigens über Herkunft und Schicksal unserer Vor- und Vorfahren aktiv abzulegen. Um einer gesunden und gerechten Zukunft willen ...“

(Homepage des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“, „Ihre Spende“, Oktober 2019)

Unter den angekündigten Referenten befanden sich bekannte Rechtsextremisten, Holocaustleugner und Rassisten, aber auch Reichsbürger. Vorträge gab es zum einen von Dr. Rigolf Hennig, Bernhard Schaub und Axel Schlimper, die als Angehörige der in ihren Strukturen im Jahr 2017 aufgelösten „Europäischen Aktion“ vorgestellt wurden. Weitere Referenten waren der Holocaustleugner Arnold Höfs sowie der Schriftleiter der Publikation „Volk in Bewegung/Der Reichsbote“, Roland Wuttke, und der selbsternannte „Volkslehrer“ Nikolai Nerling.

Die Vortragsveranstaltungen des Vereins sollen allgemein ein „solides Fundament für neue Entwicklungen“⁴⁷ bilden, um „das langjährige, selbstzerstörerische Gebaren gegen die Landesinteressen seitens der Regierung“ anzuprangern. Dabei gelte es

„für jeden Einzelnen, in sich zu gehen, aufzustehen und angesichts des unfassbaren Opferganges unseres Volkes im letzten Jahrhundert, nicht in einem Paradoxon aus Schuld und Großartigkeit zu verharren, sondern ... in ein stetes gemeinsames Voranschreiten in Richtung eines Europas der Vaterländer und eine Welt der sich befruchtenden Vielfalten ...“

Kulturangebot des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“, September – Dezember 2018.

⁴⁶ Internetveröffentlichung des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ zur „Mai-Veranstaltung“, 2018.

⁴⁷ Kulturangebot des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“, September – Dezember 2018.

Beim Vortragswochenende am 18. und 19.05.2019 wurden vor allem revisionistische und NS-verherrlichende Inhalte vermittelt. Im Beitrag „Jochen Peiper – ein Offizier und Vorbild“ wurde von Dr. Olaf Rose die Biographie des „Standartenführers der Waffen-SS“ und Kriegsverbrecher Joachim „Jochen“ Peiper verherrlichend dargestellt. Außerdem sprach der sogenannte Volkslehrer Nikolai Nerling zum Thema „Deutsch sein, trotz 70 Jahre Umerziehung – So kann es gelingen“.

Anlässlich eines Lesertreffens der Zeitschrift „Die Russlanddeutschen Konservativen – Die National-Konservative Bewegung der Deutschen aus Russland“ am 01.06.2019 referierte Schiedewitz unter dem Titel „Verein Gedächtnisstätte im Spiegel der Zeit“. In seiner Rede kritisierte er die angebliche Einseitigkeit deutscher Geschichtsbetrachtung und in diesem Zusammenhang das Gedenken an die deutschen Opfer. Daher müsse es seiner Meinung nach um den Kampf gegen die angebliche Meinungsdictatur gehen, mit der „die geschichtliche Wahrheit“ unterdrückt werde. Durch eine „Bürde der Schuld“ wolle man das Volk willig und gefügig halten. In Reichsbürgerdiktation stellte Schiedewitz die Existenz der Bundesrepublik Deutschland infrage und forderte eine Volksabstimmung durch das deutsche Volk zur Einberufung eines „Deutschen Nationalkongresses mit dem Bekenntnis zu Heimat, Volk und Vaterland“, um eine „staatsrechtliche Verfassung in einem Europa der Vaterländer“ zu erstellen. Weiterhin solidarisierte er sich mit der verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel, die stellvertretend für alle politischen Gefangenen stehe und doch nur berechtigte Fragen formuliere. So forderte Schiedewitz die sofortige Abschaffung des § 130 StGB (Meinungsfreiheit).⁴⁸

Das 5. Sommerfest des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ fand am 03. und 04.08.2019 unter dem Leitgedanken „Herkunft trifft Zukunft“ statt. Dieser Leitsatz beinhaltet die ethnopluralistische Forderung nach Bewahrung einer unveränderlichen kulturellen Identität durch die Betonung genetischer Homogenität. Teilgenommen haben rund 120 Personen nebst Kindern, darunter Gründungsmitglieder sowie langjährige, engagierte Freunde und Begleiter des Vereins. Das Veranstaltungsprogramm bot vor allem Vorträge, aber

48 NordlandTV „Wolfram Schiedewitz – Der Verein Gedächtnisstätte im Spiegel der Zeit“, Veröffentlichung vom 14.06.2019.

auch eine ganztägige Betreuung für Kinder. Der stellvertretende Vereinsvorsitzende Dr. Paul Latussek hielt den Festvortrag zum geschichts- und gebietsrevisionistischen Thema „Die Vertreibung der Deutschen – Größtes völkerrechtswidriges Verbrechen des letzten Jahrhunderts“. Als weitere Referenten sprachen u. a. der Leiter des rassistischen „Thule-Seminars“, Pierre Krebs, zum Thema „Haben die weißen Völker noch eine Zukunft?“ sowie Arnold Höfs zur Frage „Haben die Revisionisten in der Krise Europas eine Chance?“.

Veranstaltungen anderer Organisationen/Vereinigungen

Abseits der eigenen Vortrags- und Zeitzeugenveranstaltungen stellte der Verein auch im Jahr 2019 anderen rechtsextremistischen Organisationen seine Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung. Besondere Beachtung fand ein Kongress einer Kampfsportgruppierung unter dem Titel „HEUREKA II“ am 11.05.2019, an dem mehr als 100 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilgenommen haben. Bei dem „Heureka-Kongress“ handelt es sich um eine Zusammenkunft der rechtsextremistischen Kampfsportszene, in deren Rahmen führende Vertreter ideologische Vorträge zur Bedeutung des Kampfsports für die rechtsextremistische Szene halten.⁴⁹

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ verfügt über diverse Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen, u. a. zur „Schlesischen Jugend e. V.“ (SJ), zum „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V.“ (FHWO), zum „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ und zur „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), zur NPD und zu neonazistischen Freien Kräften, zum „Thule-Seminar“ und zu früheren Aktivisten der im Jahr 2017 lediglich in ihren Strukturen aufgelösten rechtsextremistischen Organisation „Europäische Aktion“. Im Rahmen der „deutsch-russischen Bruderschaft“ bestehen Kontakte zu russischen Vertretern einer völkisch-esoterischen Weltanschauung und zur Organisation „Die Russlanddeutschen Konservativen – Die National-Konservative Bewegung der Deutschen aus Russland“. Diese Kontakte zeigen ein organisationsübergreifendes nationales und internationales Netzwerk auf.

⁴⁹ Thüringer Landtag – 6. Wahlperiode, Drucksache 6/7523.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges agitiert der 1992 gegründete rechtsextremistische „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ gegen den demokratischen Verfassungsstaat und versucht, geschichtsrevisionistisches Gedankengut in demokratische Bevölkerungskreise zu transportieren. Hierzu organisiert er regelmäßig im Kultur- und Tagungszentrum in Guthmannshausen Vortragsveranstaltungen mit Zeitzeugen und Historikern, aber auch mit jungen Aktivisten rechtsextremistischer Gruppierungen. Durch die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen zu den Veranstaltungen „Tag der Generationen“ bzw. „Tag der Jugend“ mit einem „Drei-Generationen-Wochenende“ besteht die Gefahr einer rechtsextremistischen Indoktrinierung von jungen Menschen.

Die Gedächtnisstätte steht allen offen, die Schwierigkeiten haben, aufgrund ihrer Gesinnung, Parteizugehörigkeit oder entsprechender Organisation einen geeigneten Treffpunkt zu finden. Dabei nimmt der Verein wohlwollend das derzeitige rechtspopulistische Meinungsklima in der Bevölkerung auf, fördert dieses durch die Verbreitung nationalistischer und rechtsextremistischer Positionen in seinen Vortragsveranstaltungen und trägt somit dazu bei, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Darüber hinaus berichtete Schiedewitz in seinem Interview zum Sommerfest 2018 wie auch in seinen Weihnachts- und Neujahrsgrüßen von steigenden Besucherzahlen in der Gedächtnisstätte, vor allem durch die vielen jungen Menschen, die den „Altersschnitt um rund 20 Jahre“ gesenkt hätten.

Das Rittergut in Guthmannshausen stellt ein rechtsextremistisches Veranstaltungs- und Schulungszentrum dar, dessen Vernetzung durch die vielfältigen, generationsübergreifenden Verbindungen des Vereins zu rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien sowie in die rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene belegt wird.

2.11 Reichsbürger & Selbstverwalter

Sitz/Verbreitung	Niedersachsenweit
Gründung/ Bestehen seit	In unterschiedlichen Ausprägungen bereits seit Jahrzehnten. 1985 kam es zur Gründung der ersten konkreten Reichsbürgergruppierung, der „Kommissarischen Reichsregierung“ (KRR) in Berlin.
Struktur/ Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von lokal agierenden, autark handelnden Einzelpersonen und Gruppierungen; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen.
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Bund: 19.000 → davon etwa 950 Rechtsextremisten → Land: 1.300 ↘ davon etwa 50 Rechtsextremisten ↘
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter, Formulare schreiben
Kurzportrait/Ziele	„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind Gruppierungen oder Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei berufen sie sich u. a. auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht. Den demokratisch gewählten Repräsentanten sprechen sie die Legitimation ab oder sie definieren sich in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend und sind deshalb bereit, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen.
Finanzierung	Beiträge der Anhänger und Mitglieder, teilweise Vermarktung und Verkauf von Reichsbürgerutensilien wie Autokennzeichen, Ausweise, Dokumente o. Ä.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Als „Reichsbürger“ werden Einzelpersonen oder pseudoformell organisierte Gruppierungen bezeichnet, die der Bundesrepublik Deutschland ihre Rechtmäßigkeit absprechen und damit ihre Rechtsvorschriften ablehnen. „Reichsbürger“ treten für die Fortexistenz

des Deutschen Reiches und die Rückkehr zu vorherigen territorialen Grenzen ein (je nach Gruppierung zum Beispiel aus den Jahren 1871, 1914 oder 1937). An die Stelle der Bundesrepublik Deutschland soll eine eigene Reichsregierung treten, bei der eigene selbstbestimmte Vertreter die Regierungsgeschäfte führen.

Bei „Selbstverwaltern“ handelt es sich um eine heterogene Gruppe von zumeist Einzelpersonen, die im Gegensatz zu „Reichsbürgern“ nicht vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches überzeugt sind, sondern behaupten, sie könnten durch eine Erklärung ihrerseits oder durch den Zurückzug auf ein selbstdefiniertes Naturrecht aus der Bundesrepublik Deutschland ausscheiden oder dass diese gar nicht existent sei. Dementsprechend sehen sich „Selbstverwalter“ auch nicht mehr den Gesetzen der Bundesrepublik unterworfen. Einige „Selbstverwalter“ gehen so weit, eigene Staatsgebilde auszurufen und ihr Haus oder Grundstück als souveränes Staatsgebiet zu proklamieren. Zentrales und organisationsübergreifendes bzw. personenübergreifendes Ideologieelement bei „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ ist die fundamentale Ablehnung des Staates und seiner gesamten Rechtsordnung.

Dabei vertreten nicht alle „Reichsbürger und Selbstverwalter“ per se rechtsextremistische Ansichten und können so nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden. Trotzdem sind für „Reichsbürger und Selbstverwalter“ hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorhanden. Diese sind vor allem in der grundsätzlichen Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Normen und ihrer Institutionen zu sehen. Bei einigen Gruppierungen sowie bei einzelnen „Selbstverwaltern“ kommen neben der Verbreitung kruder Verschwörungstheorien auch Ideologieelemente des Rechtsextremismus wie Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit zum Tragen, die in ihren jeweiligen Ausprägungen ebenfalls hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen begründen. Hiermit richten sich „Reichsbürger und Selbstverwalter“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG) sowie in Teilen gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG). Sie sind damit verfassungsfeindlich und erfüllen die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Aktivitäten von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“

Neben der fundamentalen Ablehnung des Rechtsstaates zeichnen sich „Reichsbürger und Selbstverwalter“ durch ein besonderes Maß an Renitenz gegenüber staatlichen Institutionen und staatlichen Maßnahmen aus. Angefangen mit dem massenhaften Versand von Schriftstücken per E-Mail, Fax oder auf dem Postweg (sogenanntem paper-terrorism oder Vielschreiberi) versuchen „Reichsbürger“ auf Behörden und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuwirken, um staatliche Maßnahmen zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Hiermit beschäftigen sie zunehmend Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und stören Verwaltungsabläufe und -verfahren.



Die Entrichtung von Steuern, Gebühren und Abgaben verweigern „Reichsbürger und Selbstverwalter“ regelmäßig. Die Aktivitäten der Szene gipfeln in der Einrichtung verschiedener „Regierungen“, „Verwaltungen“ bis hin zur Ausrufung eines eigenen Königreiches oder Staates. Hierzu zählen auch die von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ „aktivierten“, „reaktivierten“ oder „reorganisierten“ Gemeinden. So nennen sie Ortschaften, wenn sie diese für unabhängig erklären bzw. eine eigene Verwaltung für diese Gemeinden beanspruchen. Um weitere Unterstützung für die eigene Sache zu gewinnen und somit den Kampf gegen die staatlichen Institutionen auszudehnen, verbreiten „Reichsbürger“ ihre Ideologie aktiv über das Internet. Neben den genannten Aktivitäten zeichnen sich einige „Reichsbürger“ auch durch die Verwendung von Phantasiedokumenten aus. Es wird versucht, eigene, teils selbst produzierte „Reichsführerscheine“ oder „Reichspersonenausweise“ im offiziellen Rechtsverkehr zu verwenden. Der Verkauf solcher fiktiven Dokumente stellt zudem für einzelne Personen aus der Reichsbürgerszene eine lukrative Einnahmequelle dar.

Gewaltpotenzial und Verhältnis zu Waffen

Als eine weitere Eskalationsstufe nach der reinen schriftlichen und mündlichen Verweigerung kann bei „Reichsbürgern“ der fließende Übergang zu Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber staatlichen Stellen festgestellt werden. Darüber hinaus ist es in mehreren Fällen zu Gewaltandrohungen und zur Ausübung tatsächlicher kör-

perlicher Gewalt durch „Reichsbürger“ gekommen. Exemplarisch seien hier die Schusswechsel von „Reichsbürgern“ mit der Polizei in Bayern und Sachsen-Anhalt genannt, bei denen am 19.10.2016 im bayerischen Georgensgmünd (Landkreis Roth) ein Polizeibeamter durch einen „Reichsbürger“ erschossen wurde. Auch in Niedersachsen ist es bereits vorgekommen, dass sich „Reichsbürger“ mit körperlicher Gewalt, zum Teil auch unter Einsatz von Waffen gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr setzen. Beispielhaft hierfür ist das Verhalten einer Familie aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont, die in den Jahren 2018 und 2019 wiederholt sowohl mit Behörden als auch mit der Polizei in Konflikt geraten ist. Die Vorkommnisse reichen von sogenannter Vielschreiberei über Beleidigungen und Bedrohungen bis zu körperlichen Auseinandersetzungen und versuchter Gefangenbefreiung.

In der Reichsbürgerszene kann eine allgemeine Affinität zu Waffen festgestellt werden. Durch die Bereitschaft von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“, ihren eigenen Staatsvorstellungen teilweise auch mittels Gewalt Nachdruck zu verleihen bzw. sich bestehendem Recht und Gesetz zu widersetzen, stellt der Waffenbesitz aus den oben beschriebenen Gründen eine potenzielle Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und dessen Repräsentanten dar.

Um das vorhandene Gefahrenpotenzial zu minimieren, werden bei Angehörigen der Reichsbürgerszene bestehende waffenrechtliche Erlaubnisse überprüft und, wenn möglich, entzogen. Eine waffenrechtliche Erlaubnis setzt voraus, dass der Erlaubnisinhaber die erforderliche waffenrechtliche Zuverlässigkeit besitzt. Diese Zuverlässigkeit ist jedoch im Fall einer Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene und der darin immanenten Ablehnung des geltenden Rechts zu verneinen.

In Niedersachsen wurden aus diesem Grund bereits mehreren Personen die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. In einzelnen Fällen erfolgte die Rückgabe der Erlaubnis auch freiwillig. Die Überprüfung weiterer Personen mit einer entsprechenden Genehmigung, die zugleich Bezüge zur Reichsbürgerideologie aufweisen, dauert an und kann mit der nunmehr normierten Regelabfrage im Waffenrecht intensiviert werden.

Reichsbürgergruppierungen in Niedersachsen

Als die einzige organisierte Gruppierung mit vorhandenen Strukturen in Niedersachsen gilt weiterhin die am 04.05.2004 in Hannover gegründete „Exilregierung Deutsches Reich“. Diese vertritt unter der Leitung von „Reichskanzler“ Norbert Rudolf Schittke die Ansicht, dass es „nur einen deutschen Staat, das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937“⁵⁰ geben könne und das Deutsche Reich somit fortbestehe. Der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Souveränität und Legitimation abgesprochen; sie sei lediglich ein „provisorisches (besatzungsrechtliches!) Selbstverwaltungs-konstrukt“.⁵¹

Die „Exilregierung Deutsches Reich“ trat im Jahr 2019 nicht öffentlich in Erscheinung. Das Wirken der „Exilregierung Deutsches Reich“ beschränkt sich auf den mit aktuellen Beiträgen versehenen Internetauftritt und auf das persönliche Werben einzelner Mitglieder für die Organisation. Über die Internetseite wird Interessierten umfassendes Informationsmaterial angeboten. Außerdem werden verschiedene „Reichsdokumente“ auf der Internetseite der eigens dafür eingerichteten „Reichsmeldestelle“ zum Kauf angeboten.⁵²

Dass die Aktivitäten der „Exilregierung Deutsches Reich“ weitgehend zum Erliegen gekommen sind, könnte auch mit der Aufspaltung der Organisation im Jahr 2012 zusammenhängen. Nach internen Streitigkeiten entstand mit der Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ eine eigenständige konkurrierende Organisation mit Anschrift in Berlin.

Neben der „Exilregierung Deutsches Reich“ existieren diverse Klein- oder Kleinstgruppen in der Reichsbürgerszene, die auch Anhänger in Niedersachsen haben. Exemplarisch hierfür stehen der „Freistaat Preußen“, das Amt für Menschenrecht, das Aktionsbündnis gelber Schein, die Justiz-Opfer-Hilfe sowie die Verfassungsgebende Versammlung und die Religionsgemeinschaft heilsamer Weg. Am weitesten in Niedersachsen verbreitet sind die Argumentationen der



50 Internetseite der „Exilregierung Deutsches Reich“ („Die Entstehung der ‚Bundesrepublik Deutschland‘, ‚BRD‘“).

51 Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2017, Seite 132, „Exilregierung Deutsches Reich“.

52 Internetseite der „Reichsmeldestelle“ des „Presse- und Informationsamtes“ der „Exilregierung Deutsches Reich“ („Beantragung Reichsdokumente“).

Verfassungsgebenden Versammlung und der Religionsgemeinschaft heilsamer Weg e. V. i. G. Ein größerer lokaler Personenzusammenchluss ist derzeit nicht zu erkennen.

Eine neuere Gruppierung innerhalb der Szene sind die „Geeinten deutschen Völker und Stämme“ (GdVuSt). Im Jahr 2019 fiel diese Kleingruppe insbesondere durch verbalaggressive Schreiben auf, die sie u. a. an Vertreter von Ämtern und Ministerien richteten. Die teils drastischen Drohungen umfassten insbesondere eine „Inhaftierung“ der Adressaten, „Strafgebühren“ in hohen Summen und „Sippenhaft“. Auf ihrer Website wird die Bundesrepublik Deutschland als minderwertige Staatsform und Handelskonstrukt diskreditiert. Die GdVuSt will stattdessen ein eigenes „naturstaatliches“ Rechtssystem etablieren. Bei den niedersächsischen Anhängern dieser Gruppierungen handelt es sich jedoch nur um Einzelpersonen oder einzelne Familien, die mutmaßlich über das Internet mit der Organisation in Kontakt gekommen sind.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

In den Jahren 2016 bis 2019 wurde auch in Niedersachsen eine deutliche Zunahme an Aktivitäten festgestellt, die der äußerst heterogenen Reichsbürgerszene zuzuordnen sind. Allerdings handelt es sich hierbei größtenteils um Personen, die bereits seit längerem dem Reichsbürgerspektrum angehören. Ein tatsächlicher personeller Zulauf ist aktuell nicht auszumachen. Waren im Jahr 2018 noch etwa 1.350 Personen der niedersächsischen Szene zugerechnet worden, ist das Personenpotenzial aktuell im Rahmen der weiteren Aufklärung eher rückläufig. Mittel- bis langfristig kann ein weiterer leichter Rückgang des Personenpotenzials prognostiziert werden. Dies liegt insbesondere daran, dass sich der Anfangsverdacht gegenüber einigen Personen nicht bestätigt hat bzw. Personen sich der Szene anlässlich des behördlichen, medialen und öffentlichen Drucks wieder abgewandt haben.

Seit Anfang des Jahres 2017 wird in Niedersachsen die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in ihrer Gesamtheit beobachtet. Wird ein weitgefasster Maßstab angelegt, liegt die Gesamtzahl der in Niedersachsen auffällig gewordenen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bei aktuell etwa 1.300 Personen. Inwieweit jeweils eine extremistische Haltung im Sinne einer politischen Bestrebung vorliegt, wird

in einer Einzelfallanalyse bewertet. Bislang ist in Niedersachsen von wenigen hundert „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ im engeren Sinne auszugehen. Hierbei handelt es sich um Personen, die im erheblichen Maße im Zusammenhang mit einer Reichsbürgerideologie aufgefallen sind, u. a. durch die anhaltende Versendung von Schriftstücken an diverse Empfänger oder durch die Begehung von Straftaten wie Beleidigung, Belästigung, Bedrohung, Betrug, Urkundenfälschung oder durch Widerstandshandlungen und Gewaltdelikte.

Etwa ein Viertel der durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz als Extremisten erfassten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ hat rechtsextremistische Vorerkenntnisse. Diese hohe Zahl erklärt sich u. a. damit, dass die „Exilregierung Deutsches Reich“ bereits seit dem Jahr 2005 als rechtsextremistische Vereinigung in Niedersachsen unter Beobachtung steht. Gemessen an dem Gesamtpotenzial von 1.300 Personen liegt der Anteil an Rechtsextremisten bei etwa vier bis fünf Prozent.

Die in Niedersachsen wohnhaften „Reichsbürger und Selbstverwalter“ stellen keine homogene Bewegung dar. Sie setzen sich vielmehr aus autark handelnden Einzelpersonen sowie aus kleinen Gruppierungen zusammen, die sich in ihrem Wesen zum Teil deutlich unterscheiden. Das Spektrum erschließt sich über esoterisch geprägte Gruppierungen, über völkisch-traditionalistisch geprägte Gruppen bis hin zu rechtsextremistisch ausgerichteten Zusammenschlüssen. Eine strategische Vernetzung der verschiedenen Gruppen oder Einzelpersonen ist bisher ebenso wenig zu erkennen wie eine gezielte Steuerung. Die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ lebt in einer Parallelwelt zumeist internetbezogener Verschwörungstheorien, die sich in der Folge verfestigt und gegenüber der Außenwelt verschließt. Dennoch zeigt sich die Szene als äußerst umtriebige. Mit einer hohen Aktivitätsentfaltung, vor allem im Internet, ist auch weiterhin zu rechnen.

Durch die weitere Verbreitung der Reichsbürgerideologie sowie durch das teilweise ausgeprägte Sendungsbewusstsein und die nachgewiesene Zunahme an Aktivitäten von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ ist die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt. Allerdings lassen sich verallgemeinerbare Äußerungen über etwaige gewalttätige Ausrichtungen in Bezug auf dieses Personenpotenzial nicht

pauschal treffen. Gleichwohl besteht jederzeit die Möglichkeit, dass einzelne Personen vor allem im Umgang mit Behördenmitarbeitern oder als Reaktion auf staatliche Maßnahmen zu Gewalt greifen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Hierbei handelt es sich in Niedersachsen bisher ausschließlich um Verhaltensweisen in Reaktion auf staatliche Maßnahmen. Hinweise auf gezielte kriminelle oder gar terroristische Handlungen von einzelnen „Reichsbürgern oder Selbstverwaltern“ liegen derzeit weiterhin nicht vor. Gleiches gilt für den gezielten Aufbau von (verdeckt operierenden) Gruppen zum koordinierten Angriff auf staatliche Einrichtungen oder Mitarbeiter. Durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz wurden im Jahr 2019 mehrere Präventions- und Informationsangebote zum Thema „Reichsbürger und Selbstverwalter“ unterbreitet. Neben Vorträgen hält der Niedersächsische Verfassungsschutz ein Faltblatt mit dem Titel „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vor. Das Faltblatt kann über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes angefordert werden und steht auf der Internetseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Download zur Verfügung.



